

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: drei Monate 2,00 Mark; sechs Monate 3,50 Mark; ein Jahr 6,00 Mark. Einzelhefte 1,00 Mark. Druck: Druckerei-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, G. m. b. H., Halle, Bergholzstraße 14.

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe u. Breite; 20 Pf. im Viertel. Monatshefte sind zu richten nach Halle (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Verb.-Gen.) 22251. Fernschreib.-adrs.: Klassenkampf Halle. Benachrichtigung und Abrechnung: Klassenkampf Halle, Postfach 1008 45 Halle. Verlagsort: Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 30. Oktober 1928

8. Jahrgang * Nr. 256

Ein Dokument schamlosester SPD.-Korruption:

Judas Ichariot im DMV.-Vorstand

Kaiserliche Generale und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer
in Einheitsfront gegen die freigewerkschaftliche Arbeiterkass

Im Sumpfe der Koalitionspolitik

Wir sind in der Lage, nachstehend aus dem Reichstagsmaterial des Kriegsministeriums unter Wilhelm II., aus der Zeit vor zehn Jahren, d. h. der zweiten Hälfte des Jahres 1918, ein Dokument der Öffentlichkeit zu übergeben, durch das die schamlose Entartung der reformistischen Führer der freien Gewerkschaften, ihre skrupellose Zusammenarbeit mit den Kreaturen Ludendorffs und Wilhelmis erneut reiflos bewiesen wird. Der

Text des betreffenden Dokuments

lautet folgendermaßen:

Aufgestellt 1918. Major Graf v. Südingen.

A1
Reichstagsmaterial
für AD.

Geheim!

Betrifft: Das durch das Oberkommando in den Marken ausgesprochene Verbot der Versammlungen der Verwaltungsstelle Berlin des „Deutschen Metallarbeiter-Vereins“ zum Zwecke der Abstimmung über die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes.

Zu Nr. 3758/18 g. A1.

1. Abzugebende Erklärung

Das Verbot ist gerechtfertigt, weil der Zweck der Versammlungen auf einen Wechsel des Vorstandes gerichtet ist, durch welchen der gesamte Verband in die Arme der unabhängigen sozialdemokratischen Partei getrieben würde. Hierdurch würde die ungelöste Munitionsherstellung und Ruhe der Arbeiter nicht aufrecht erhalten werden können.

2. Erläuterungen

Es war bekannt geworden, daß im Bereich der Verwaltungsstelle Berlin des „Deutschen Metallarbeiter-Vereins“ im März 1918 unter den Mitgliedern Uebereinstimmungen vorgenommen werden sollten, um von dem

Verbandsvorstand die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu erzwingen. Der Zweck war die Herbeiführung eines Wechsels der Vorstandsmitglieder, um den gesamten Verband in die Arme der unabhängigen Sozialdemokraten zu treiben.

Bericht des Hptst. Generalstabs. X. Nr. n. 26. 3. 18 Abt. Abwehr 13 Nr. 16 966.

Nach dem Bericht des im Kriegsamte (G.) tätigen Vorstandsmitgliedes des Deutschen Metallarbeiter-Vereins Schlichte sind die geplanten Versammlungen vom Oberkommando in den Marken verboten worden.

Das Kriegsamte hält dieses Verbot nicht für gerechtfertigt, weil dadurch die Opposition gegen den Vorstand verflärt würde, zumal das Interesse der Militärbehörden für den Vorstand auf dessen Eintreten für ein kraftvolles Durchhalten zurückgeführt werde. Aufgabe des Vorstandes sei es auch, für die Aufrechterhaltung der statutarisch gewährleisteten Rechte der Mitglieder des Vorstandes zu sorgen.

Das Kriegsministerium teilt diese Ansicht nicht. Die Zulassung von Versammlungen lediglich zur Abstimmung über die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages des DMV. würde eine erheblich größere Erregung in Arbeiterkreisen zur Folge haben, wenn daraufhin der außerordentliche Verbandstag selbst verboten werden müßte. Dies würde zweifellos der Fall sein, da den Versammlungen lange Besprechungen in den

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ein toller Korruptionsfall in der Ludwigshafener Banzertreuzerpartei

Vor kurzem ist in Ludwigshafen der Gewerkschaftssekretär des Deutschen Verkehrsverbandes, der Sozialdemokrat Ehardt Riebel, unter Mitnahme von 22 000 Mark geflüchtet.

Riebel war seit 1919 beim Deutschen Verkehrsband angeheftet. 1924 erhielt er die Rajierung für die größeren pfälzischen Jahrsstellen. Die Oberaufsicht lag bei der Bezirksverwaltung in Mannheim. Riebel machte auffällig große Ausgaben für Wohnungseinrichtungen, für die die Gewerkschaftskasse herleiten mußte. Dem kontrollierenden Beamten täuschte er immer wieder vor, daß größere Marktenbestände in den Ortsgruppen noch nicht abgerechnet seien.

Eine Kontrolle der Marktenbestände in den Ortsgruppen fand nicht statt, denn Riebel verstand es, sich durch eine wilde Kommuniziererei beliebt zu machen.

Er machte immer größere Anschaffungen: zuerst ein Motorrad, später sogar ein Opel-Auto. Angeblich hatte er einen reichen Bruder in Frankfurt, der Weinbändler sei. Selbst der Opel-Wagen war für ihn noch zu gewöhnlich. So kaufte er sich jetzt den teuersten

amerikanischen Wagen, ein Buick-Auto. Riebel machte Weinreisen und war sehr freigiebig. Schließlich spielte sich ein mysteriöser Diebstahl ab. Die Gewerkschaft in Mannheim seiner Geschäftsstelle wurde angeklagt um 3500 Mark beschloßen.

Die Gewerkschaft übergab das Maßbahren der Kriminalpolizei, und bei der Untersuchung des Diebstahls der Gewerkschaft kamen auch die Untersuchungen Riebels ans Tageslicht.

Inzwischen war Riebel bereits in seinen Buick-Wagen unter Jurisdiktion seiner Familie auf dem Wege über die deutsche Grenze. Der Fall Riebel ist nicht der einzige in Ludwigshafen. Vor wenigen Tagen mußte der sozialdemokratische Stadtrat Günzel, Magazinermeister im lüdtischen Krankenhaus Ludwigshafen, wegen Ausnutzung seiner Stellung zu unzulässigen Zwecken vom Amt suspendiert werden. Er soll sich Anzeigebriefe gefällig gemacht haben, was nicht ohne Folgen blieb. Vielleicht hat auch in diesem Falle Untersuchungen der Grund zur Amtsenthebung.

Ja, es sinkt gewaltig in der SPD.

Neue Zunahme der Arbeitslosigkeit

(SPD.) Berlin, 29. Oktober.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung weist in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober eine härtere Steigerung auf, als in den vorangegangenen Berichtswochen. Sie stieg von rund 577 100 auf 593 600, das ist um 16 500 oder um 2,9 v. H.

In der Krisenunterstützung nahm in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zu. Die Zunahme betrug bei den Männern 3,8 v. H., bei den Frauen 2,1 v. H.

Unschuldig gemordet!

Nächst Sacco und Banzetti!

Füller war vor der Hinrichtung im Verste von Beweismaterial für die Unschuld Saccos und Banzettis

(SPD.) Neunport, 29. Oktober.

Die Zeitschrift „Outlook“ veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe zahlreiche und umfangreiche eidesstattliche Versicherungen, die den Beweis erbringen wollen, daß die beiden italienischen Anarchisten Sacco und Banzetti der Verbrecher, denen man sie beschuldigte, nicht schuldig waren. Die Redakteure des „Outlook“ behaupten, sie hätten noch langwieriger Arbeit bei den Mitgliedern der „Unterwelt“ innerhalb und außerhalb der amerikanischen Gefängnisse die Identität der Räuber von Bridgewater festgestellt und ebenso, daß weder Sacco noch Banzetti in diese Angelegenheit verwickelt gewesen seien. Unter den eidesstattlichen Versicherungen befinden sich auch einige von Personen, die angeben, daß sie das Verbrechen geplant hätten, und andere, in denen die Ausrichtung der Tat gefunden wird. Dem „Outlook“ zufolge sei dem Gouverneur Fuller von der Hinrichtung der beiden Anarchisten Beweismaterial jugestellt worden, aus dem hervorging, daß Sacco und Banzetti unschuldig seien.

Diese bürgerliche Meldung bestätigt, was wir schon immer behauptet haben.

Die Mitglieder haben nichts zu sagen

Wie die Gewerkschaftsbureauführer Lohnkämpfe abwürgen

(Eig. Drahtim.) Effen, 30. Oktober.

Die am Sonnabend und Sonntag vom DMV. einberufenen Versammlungen und Funktionärkonferenzen in Dortmund, Hamm, Oberhausen, Hamborn, Duisburg u. a. lehnten einmütig den in Düsseldorf gefällten Schiedsspruch ab.

Die Gewerkschaftsbureauführer haben unter dem Eindruck, den der Schiedsspruch unter der Arbeiterkass hervorgerufen hat, es nirgends gewagt, für die Annahme des Schiedsspruches zu plädieren. Da in Effen, Dortmund und Bochum die freien Gewerkschaften den Schiedsspruch bereits abgelehnt haben, steht der gesamte Bezirk einmütig gegen den Schiedsspruch.

Trotzdem beschloß die am Sonntag tagende Lohnkommission des DMV. (wie wir gestern schon meldeten), eine zusammenfassende Körperkass des ganzen Bezirks, mit 46 gegen 17 Stimmen, die Annahme des Schiedsspruches. Der Vertreter der Opposition hatte eine Resolution für die Aufnahme des Kampfes eingebracht, die noch nicht einmal zur Abstimmung zugelassen wurde. Auch die an der Tagung aus der Saale entfernten. Ein Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes hat den Vorsitz unterbreitet, daß der DMV. gemeinschaftlich mit dem Christlichen Verband die Mitgliedschaft über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches befragen solle. Der DMV.-Bezirksleiter Wolff lehnte dies jedoch

strikte mit den Worten ab, daß der DMV. nichts mit den Christlichen zu tun hätte.

Die Unternehmer vertrauen auf die Bonzen

(Eig. Drahtim.) Düsseldorf, 30. Oktober.

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat den von dem Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Fritzen, gefällten Schiedsspruch abgelehnt.

Sie haben ja auch keine Annahme des für sie vorteilhaften Schiedsspruches nötig. Für Annahme sorgen schon die reformistischen Gewerkschaftsführer!

Neue Drohungen

(Eig. Drahtim.) Berlin, 30. Oktober.

Am Dienstagvormittag wird im Reichsarbeitsministerium erneut eine Besprechung zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und den Gewerkschaften über den von dem Schlichter gefällten Schiedsspruch stattfinden. Von Arbeitgeberseite wird erklärt, daß sie einen teilweisen Zustand nicht zulassen und daß für den Fall, daß keine Einigung zustande kommen sollte, die für den 31. Oktober ausgesprochene Gesamtkündigung in Kraft treten wird.

Jahrhundert vorübergehen würden, bei denen das Ausbreiten von Streifen nicht verhindert werden könnte, wodurch die Munitionserzeugung erheblich leiden müßte.

Was ergibt sich aus diesem Dokument? Zunächst die Tatsache, über die niemand erlauten kann, daß das Kriegsministerium Wilhelm II. sich mit den brutalsten Mitteln in der Unterdrückung gegen die freigelegten Arbeiter, in diesem Falle die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, bemüht und ihnen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen suchte. Das weitere ist schon viel besätere Tatsache, die freilich nur zu verständlich ist,

daß die Generale Wilhelm II. an der Aufrechterhaltung der reformistischen Führung in der Gewerkschaft zum Zwecke der Durchsetzungspolitik und Kriegsvorbereitung mehr als interessiert waren.

Zum Dritten aber — und dadurch entfällt dieses Dokument einen befremdlichen Grad scharfsichtiger Korrupsion — die geradezu ungeheuerliche Tatsache, daß jener

Terror des Kriegsministeriums gegen die Mitglieder des DMB, zurückzuführen war auf einen Bericht des „bewährten Arbeiterführers“ Schäfer, des damaligen Vorsitzenden des DMB-Vorstandes.

Formell wandte sich zwar das Kriegsamt, in dem dieser famose Führer des mitläufigen Militarismus beschäftigt war, gegen die Bergewaltung der DMB-Mitglieder, nicht etwa, weil Schäfer diese Bergewaltung verurteilte, sondern lediglich, weil er sie vom Standpunkt des Militarismus für ungeeignet — für eine „Störung der Opposition“ hielt. In der Praxis war es ja Herr Schäfer selbst, der dem Kriegsministerium das Material lieferte, auf Grund dessen jene brutalen Maßnahmen erfolgten. Und dieser Mann, den die Berührung jedes staßenbewußten Arbeiters treffen muß, ist noch heute „angehohenes Mitglied“ der SPD.

Nun allerdings: die reformistische Bureaucratie von heute ist den Schäfer und Konraden der Kriegzeit nichts schuldig geblieben. Die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie verändert sich heute genau so sehr mit den Mächten des kapitalistischen Staatsapparates gegen die Arbeiterklasse. Das gehört zu ihrer Koalitionspolitik, zur Wirtschaftsdemokratie, zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum. Die Polizei-brutalität in Hamburg unter Führung des Sozialdemokraten Schäfer, unter Billigung des „Hamburger Echo“ und dem Beifall der reformistischen Bureaucratie — das sind die gleichen verläumten Methoden, wie jenes traurige Verbrechen des Herrn Schäfer vor zehn Jahren, von dem wir durch unser Dokument den Schiefer der Vergeßlichkeit zu leben vermögen.

Die staßenbewußten Arbeiter in den freien Gewerkschaften müssen mit diesem Gesindel aufzukommen!

Immer wieder Stahlhelmrowdies

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Oktober. Am Sonntag fand in Hagen, Pflanzers bei Drankenburg eine Stahlhelmsitzung statt. Alle die Stahlhelmer hielten, daß in der Nähe fünf Bataillone mit Kommunisten hielten, die sich auf Landpropaganda befaßten, wozu sie, aus dem Lokal zu laufen und bewachen sie sich mit Leuchtschlagern, Säulen und Pfeilern, um die Kommunisten zu überfallen. Als die Stahlhelmer die Stahlhelmer in der Nähe zu überfallen, wurden sie von den Stahlhelmen mit Biergläsern beworfen. Die Beamten mußten von den blauen Wägen Gebrauch machen, nachdem mehrere von ihnen durch Glasplitter verletzt waren. Schließlich wurden die Stahlhelmer kolonnenweise abtransportiert.

Der Stahlhelm auf dem Rückzug

Selbte fürchtet den Rückfall mit dem Stahlhelm-Bestehgen (Eig. Drahtm.) Berlin, 29. Oktober. Die letzte Nummer des „Stahlhelm“ bringt u. a. einen Bericht über die Generalversammlung des Stahlhelms in Grotz, Berlin, aus dem hervorgeht, daß er in Grotz-Berlin nicht mehr als 2100 aktive Stahlhelmer gibt. — Nach den großmühtigen Verhörungen der Stahlhelmsführer über ihre Hunderttausende von Anhängern zeigt die Mitteilung des Stahlhelms einen Tiefstand der Bewegung in Berlin, der bestimmte Rückschlüsse auf den Stand des Stahlhelms in Reichsweite zuläßt. Der Stahlhelmsführer und Vizepräsident Selbte hielt am vorigen Sonnabend in Wort eine Rede, in der er hinsichtlich des vom Stahlhelm vor einiger Zeit angekündigten Volksbegehrens einen der Schlußfolgerungen zu veröffentlichen, werden nicht mit verprochen am 13. November, sondern wahrscheinlich erst nach Weihnachten die Formulierung seines Volksbegehrens bekanntgeben. Der Stahlhelm wolle dem Gewer nicht den Gefallen tun, vorzukommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach fürchtet Herr Selbte durch das Volksbegehren einen riesigen Rückfall für den Stahlhelm und es wäre kein Wunder, wenn Selbte in einer späteren Rede überhaupt auf das Volksbegehren verzichten würde.

Auch in Bayern Stahlhelmepleite

In Würzburg fand am Sonnabend und Sonntag ein hundertfacher Stahlhelmsitzung statt, der sich nach bürgerlichen Besprechungen nur von 2000 Stahlhelmlisten befaßt war. Darunter befanden sich noch viele Abordnungen aus Hellen, Württemberg, dem bayerischen Gebiet, Schießen, Potsdam und Danzig. An vielen Stellen der Stadt wurden die Stahlhelmer ausgepfiffen, worauf die Polizei zur Verhaftung von Arbeitern überging.

Meineidsverleihen gegen Reichsmajor Buchruder

Er wehrt und soll mundtot gemacht werden. Das Reichswehrministerium hat nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus Stuttgart gegen den Major Buchruder ein Meineidsverleihen beim Landgericht Stuttgart eingeleitet. Es soll ihm nachgewiesen werden, daß er gewisse Gestaltungsbeschlüsse ausgegeben hat. Wenngleich dem Reichswehrministerium dieser Nachweis nicht schwerfallen wird, so ist die Absicht, Buchruder unter allen Umständen beiseite zu schaffen, allzu durchsichtig. Dieser hat bekanntlich durch Veröffentlichungen und durch Aussagen vor Gericht schon zu viel über das Verhalten der Regierungskreise bei der Organisation der Schwarzen Reichswehr ausgeplaudert. Die republikanischen Behörden wollen sich nicht bloßstellen lassen. Deshalb will man Buchruder jetzt den Mund stopfen.

Wegen verächtlichen Verleihen militärischer Geheimnisse und Spionage haben sich vor dem vieren Straßens des Reichsgerichts in Leipzig ehemalige politische Kollaboranten zu verantworten. Die Angeklagten sollen monatelang an der polnischen Grenze Spionage zum Schaden des deutschen Reiches getrieben haben. Da sich die Staatsicherheit gefährdet sieht, hat man die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Vaterland wird wieder mal gereinigt.

23 und 15 Jahre in der SPD. organisiert

Aber nunmehr Schluß gemacht — Zwei sozialdemokratische Arbeiter in Bayern finden sich zur SPD. Auch ein Beitrag zur Werbeweche der SPD.

Im ganzen Reich veranstaltet die SPD. eine seit langer Zeit vorbereitete Werbepampage. Eine volle Woche des Werbend ist nun schon vergangen. Wieder im „Kollisionslatz“ noch in einer anderen sozialdemokratischen Zeitung wird etwas über das Ergebnis geschrieben. Der Grund des Scheiterns besteht darin, daß der bis jetzt abgelaufene „Erfolg“ den Anforderungen der SPD. in keinem Ausmaß zu dem Gesetze des „Volksblatt“ und der gesamten sozialdemokratischen Presse steht.

Es ist aber noch schlimmer um die SPD. bestellt. Selbst die mit großem Pomp geführte Werbepampage kann nicht verhindern, daß langjährige Mitglieder und Funktionäre der SPD. dieser Partei den Rücken kehren. So veröffentlicht unsere Münchener Brudergemeinschaft zwei Schreiben langjähriger sozialdemokratischer Mitglieder, in denen diese ihren Übertritt zur SPD. erklären.

Das Schreiben des 29 Jahre im Lager der SPD. stehenden Münchener Arbeiters Gesandtenm. J. lautet: „Ich war in der SPD. vom Jahre 1903 an organisiert. Die Erziehung vieler treuer Genossen im Jahre 1919 hat mein Vertrauen in diese Partei aber erschüttert. Kommen meiner Wohnung in München, Unerlösbliche, mußte ich mit Schänen in den Augen und kaum verhaltener Erregung die Erziehung meiner Genossen mit ansehen.“

Zöggebel und die Polizeibeamten

(Eig. Meda.) Berlin, 29. Oktober. Heute morgen wurde in Berlin die 3. Bundestagung des Verbandes preußischer Polizeibeamter eröffnet. Die Vertreter der verschiedenen Regierungs- und sonstigen staatlischen Stellen versprachen natürlich wieder das Blaue vom Himmel herunter, um die Polizeibeamten später desto härter zu reaktionären Handlungen ausnutzen zu können. Auch der sozialdemokratische Polizeiverein 384 010 1 v. v. hat sich an dem Tag und stellte fest, daß die Degeneration bisher Vorwissen gelistet und daß das Verhältnis gerade seiner Verberde zum Verbands ein durchaus erfreuliches gewesen sei. (1) In Wirklichkeit gibt es wegen der reaktionären Maßnahmen Sozialisten gegenüber dem Volksbewußtsein der Arbeiterklasse in Preußen zwischen dem Polizeibeamtensverband und Zöggebel.

Wie die „Koh.“ berichtet, begrüßte die Polizeibeamten aus ein Vertreter der Kommunistischen Partei, der scharfe Angriffe gegen das Innenministerium und des Offizierskorps richtete. Die Vertreter des Ministeriums und des Polizeipräsidiums, sowie Kommandeur Hermannsberg verließen während dieser Rede den Saal.

SPD.-Ligen haben kurze Beine

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 30. Oktober. Das „Hamburger Echo“ und der sozialdemokratische Presseklub verbreiten die Nachricht, als hätten die Kommunisten von der Beendigung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks der Polizei Mitteilung gemacht. Das ist bewährter Schwundel und nur darauf berechnet, das schändliche Treiben der SPD. zu bemängeln.

Am Sonnabend, dem 27. Oktober, hat eine Besprechung zwischen dem sozialdemokratischen Polizeikomitee und einigen A. L. i. s. r. r. z. r. s. m. i. t. g. l. e. d. e. r. v. e. r. b. o. t. e. n. e. n. „Hamburger Volkszeitung“ stattgefunden. Jeder Arbeiter wird versichert, daß die Gefährdung der „Hamburger Volkszeitung“ gegen das Verbot der Reichsregierung, wird wohl als Freigabe der Zeitung forder. Mit Grund dieser Besprechung verbreitet die SPD. obengenannte Ligen.

Die SPD. — die Partei der Sozialfaschisten

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: „Der sächsische Landtag wird am 6. November seine Wintertagung beginnen und gleich in seiner ersten Sitzung zwei kommunistische Anträge auf Auflösung des Landtages und einen Wählkreuzensantrag gegen das Kabinett Sachl behandeln. In der Reichstagsfraktion Partei, die bisher in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen beteiligt war, ist immer mehr die Neigung erkennbar, sich der politischen Linie der Sozialdemokratie anzupassen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ überschreibt diese Meldung mit der Überschrift: „Küster bei selbst v. G. a. l. d. e. m. o. t. r. a. t. i. e.“ Die Vermutung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ der Küster der Alten Sozialdemokratischen Partei zur SPD. ist nach der Abgrenzung, die die Alte Sozialdemokratische Partei gegenüber August B. i. n. n. i. g. v. o. g. e. n. o. m. m. e. n. hat, nur noch eine Frage der Zeit. Die Werbeweche der sächsischen SPD. wird wohl als Erfolg die Aufnahme der sächsischen W. G. -L. i. e. -B. u. d. e. n. können. Ob die sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen über diesen Zuwachs sich freuen werden, ist eine andere Frage.

Zehn Jahre Kommunistischer Jugendverband in der USSR.

(Inprekorr.) Moskau, 29. Oktober. Der Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, der heute seinen zehnten Jahrestag begeht, empfang von Partei, Sowjet- und Gewerkschaftsorganisationen zahlreiche Begrüßungsschreiben. In dem Begrüßungsschreiben der Kommunistischen Jugendinternationale heißt es unter anderem: „Danf seien auf allen Etappen des proletarischen Kampfes — vom Sturz des Kapitalismus und der Eroberung der Diktatur des Proletariats bis zum Aufbau des Sozialismus — erworbenen Erfahrungen ist der Vereinigte Kommunistische Jugendverband der“

Kommunistische Erfolge bei den Schweizer Nationalratswahlen

Sozialdemokratischer Stimmenverlust trotz größerer Wahlbeteiligung. Basel, 29. Oktober.

Gestern fanden in der Schweiz die Nationalratswahlen statt. Auch der bisher bekanntlich am stärksten organisierten kommunistischen Partei überall deutliche Erfolge zu verzeichnen. In Basel, wo die Spaltung der Gewerkschaften durch die Reformen im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand, gewann die K. P. 35 Prozent an Stimmen, während die Sozialdemokratie trotz der größeren Wahlbeteiligung des Stimmensverlust erlitten. In Basel hat die K. P. in allen typischen proletarischen Wahllokalen mit total 5000 Stimmen die Mehrheit. Auch in Schaffhausen ist eine starke Zunahme der K. P. zu verzeichnen, sie ist dort mit über 3000 Stimmen die zweitgrößte Partei und übertrifft an Stärke die freiwirtschaftliche Partei. Auch in Basel-Stadt haben die Kommunisten einen Stimmenzuwachs, während die Sozialdemokraten einen Rückgang zu verzeichnen haben. In Basel-Stadt wird der bisherige sozialdemokratische Ständerat durch einen bürgerlichen ersetzt.

Ich war noch Jahre nach 1919 in der SPD. Mitglied. Innerlich hatte ich schon seit Ausbruch des Krieges nichts mehr zu tun mit dieser Partei Klostes und Cerus. Wir ging es gegen den Krieg, daß Beschlüsse in englischen Parteitags ohne Einfluß der Mitglieder gemacht werden. Die politische Haltung der gesamten Parteileitung in der Panzerkriegerkriege hat in mir den endgültigen Beschluß gereift, aus ihr auszusteigen und der Kommunistischen Partei meine Kräfte zur Verfügung zu stellen.“

Der seit 16 Jahren in der SPD. organisierte Erwin K. a. s. t. a., der jahrelang Funktionär in München war, schreibt folgendes: „Mein Übertritt zur K. P. d. D. erfolgt aus dem einfachen Grunde, weil ich mit dem derzeitigen Verhalten der sozialdemokratischen Führer nicht einverstanden bin. Was sie in den Jahren bisher gemacht haben, betrachte ich als Verrat am Klassenkampf der gesamten Arbeiterklasse.“

Das Geschehen der SPD. über die „Reihe des kommunistischen Volksbegehrens“, in das die gesamte bürgerliche Front freudvoll mit eingestiegen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Kommunistischen Partei wächst. Sogar die Mitglieder der SPD. erkennen im steigenden Maße, daß nur die K. P. d. D. die konsequente Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse ist.

Sowjetunion die führende Organisation der internationalen Kommunistischen Jugendbewegung und der Bestreben der wertvollen Jugend aller Länder geworden.

Um die Zehnjahrestage der Tschechoslowakischen Republik

Der ganze Staatsapparat, die Presse und verschiedene offizielle und halb-offizielle Institutionen, passivität und sozialpatriotische Organisationen usw., stehen jetzt vollständig im Dienste der Jubiläumsgeste zu Ehren des zehnten Jahrestages der bürgerlichen demokratischen Republik. Aber trotz solcher Situation sieht man, daß die breiten Schichten der Bevölkerung, besonders aber die arbeitenden Schichten, demgegenüber sich bleiben und sich größtenteils nicht durch die Bombenreflexe und Demagogie betören lassen. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakien erwidert bei dieser Gelegenheit eine breite Antikommunistenpampage unter den arbeitenden Massen in Stadt und Land, in der hauptsächlich der Vergleich zwischen den damaligen Verfassungen in den Umfahrungen 1918 und der Wirklichkeit am Ende des zehnten Jahres der Existenz der Tschechoslowakien gezogen wird. In allen wichtigen Städten und Orten werden Volksversammlungen stattfinden, und in Prag trifft die Partei auf Sonntag, den 28. Oktober, während des ferlichen Umarmes der bürgerlichen und sozialpatriotischen Parteien zu zwei großen Meetings an.

Am 27. Oktober, einen Tag vor dem Jahrestage des Umsturzes von 1918, sollte eine gemeinsame Sitzung des Abgeordnetenhauses und des Senats stattfinden, in der der Reichstag die K. P. d. D. ein Manifest zum zehnten Jahrestage verlesen sollte. Was durch von den Kommunisten und ihrer Obstruktion unterbrochen aber die gemeinsame Sitzung, und der Präsident wird auch nicht sprechen, da die bürgerliche Regierung einfach nicht erlaubt, auch nur die höchsten Ämtern über „Demokratie“, „Freiheit“ usw. bei der Jubiläumsgeste offiziell zu veröffentlichen. Die Tatsache, daß zum zehnten Jahrestag der Tschechoslowakischen Republik wiederum eine bedeutende Steigerung der Arbeitskämpfe und der Klassengegnung beifall bemerkbar ist, spricht dafür, daß die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung bereits von den schändlichen Manipulation zu befreien beginnen. Die Kommunistische Partei ist sich dessen bewußt, daß ihr besonders nach dem 28. Oktober bei der Kampagne zu den Landeswahlen eine große Aufgaben bevorstehen.

Zwangsarbeit und unerhöhte Gefängnisstrafen

Schandurteil des Militärgerichts zu Rauschenburg gegen 114 Gewerkschaftsführer und Intellektuelle (Eig. Meda.) Barmen, 29. Oktober.

Das Militärgericht zu Rauschenburg hätte sich schonwädiger Verhandlung das Urteil gegen die 114 angeklagten Gewerkschaftsführer und Intellektuellen. Der Präsident der eigentlichen Gewerkschaften, Müller aus Remesow, wurde zu 10 Jahren Zwangsarbeit, weil mehrere Gewerkschaftsleiter zu je 6 Jahren und ein großer Teil anderer Funktionäre und Intellektuelle zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt. Ein Teil der Angeklagten, darunter die Leitung der rumänischen Arbeiterklasse und der Schriftsteller Arabi, in dessen Interesse Frithof Ranken und viele ausländische Sozialisten beim Gerichtshof interpelliert hatten, wurden freigesprochen. Müller wurde nur deswegen zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er das Annehmen der Heeresleitung eine Sammelaktion zugunsten der rumänischen Kriegsgefangenen unter den Gewerkschaftsmitgliedern durchzuführen, kritisch abgelehnt hat.

Streik im Hafen von Gdingen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Oktober. Wie berichtet wird, streiken im Hafen von Gdingen sämtliche Transportarbeiter und die Befugnisse der polnischen Schiffe

Heinrich Brandler in Deutschland

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Oktober. Die Spitzangabe des „Vorwärts“, der „Athen“, meldet unter dem 29. Oktober, daß das frühere Mitglied der K. P. d. D. Heinrich Brandler nach Deutschland zurückgekehrt sei. Brandler stellte vor einigen Tagen, als die Rechten um Thalheimer bereits ihren Kampf gegen die Partei und die Kommintern begonnen hatten, beim J. R. der K. P. d. D., deren Mitglied Brandler werden sollte, den Antrag, nach Deutschland zurückkehren zu werden. Das J. R. der K. P. d. D. lehnte auf Grund des gegenwärtigen Kampfes der Anhänger Brandlers gegen die K. P. d. D. und die Kommintern diesen Antrag ab. Da Brandler bei Stellung seines Antrages zu verleben gab, daß er die Nichtannahme seines Antrages auch ohne Zustimmung des J. R. der K. P. d. D. unter Zuhilfenahme der deutschen Polizei in Moskau realisieren würde, wurde er auf die Konsequenz eines solchen Schrittes verwiesen, die nur Ausschluß aus der Kommunistischen Partei sein kann. Wenn die Nachricht des „Athen“ zutrifft, hat sich Brandler außerhalb der Reihen der kommunistischen Bewegung gestellt.

Das Defizit der Presse soll vermindert werden, weshalb in einem kleiner Stadtoberverordnetenamt vorfristig mitgeteilt wurde, daß ein von einem erboblichen Reichsleiter nicht die Rede sein kann. Sondern höchstens hat, den Betrag anzugeben, was sehr viel sagen will.

Zu einer antifaßchistischen Kundgebung in Brüssel kam es nach Schluß einer Versammlung zur Feier des Jahrestages des Maritages der Sozialisten auf Rom. Die Polizei verhaftete kommunistische Manifestanten, die sie jedoch wieder freilassen mußte.

Genosse Stalin über die leninistische Grundlinie

Genosse Stalin hat am 14. Oktober 1928 folgende programmatische Rede vor dem Plenum des Moskauer Komitees und der Moskauer Kontrollkommission gehalten:

Rechte Abweichungen in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder

Ich glaube, Genossen, daß man vor allem die Kleinlichkeit und persönlichen Momente abgesehen betrachten muß, um die uns interessierende Frage der rechten Abweichung lösen zu können. Gibt es bei uns in der Partei eine rechte, opportunistische Gefahr; gibt es objektive Verhältnisse, die eine solche Gefahr begünstigen; wie soll man diese Gefahr bekämpfen? — Das sind die vor uns stehenden Fragen. Wir werden sehen, ob diese Fragen nicht lösen, wenn wir sie nicht von all der Kleinlichkeit und den in sie hineingeworfenen Elementen lösen, die diese Frage anhaften und uns daran hindern, das Wesen der Sache zu begreifen.

Genosse Japoff ist im Unrecht, wenn er glaubt, daß die Frage der rechten Abweichung eine zufällige Frage sei. Er behauptet, daß es sich hier nicht um die rechte Abweichung, sondern um Gesand und persönliche Intrigen um handle. Alles mit Gesand zu erklären und hinter dem Gesand das Wesen der Frage nicht zu sehen, das bedeutet, den richtigen marxistischen Weg abzuschneiden. Es kann nicht sein, daß eine so große, alte, geschlossene Organisation, wie die Arbeiter Partei, sich nicht von unten bis oben in Richtung und Bewegung gebracht werde, allein durch die Bemühungen einzelner Schreibstube oder Intriganten. Nein, Genossen, solche Wunder gibt es nicht.

Auch Genosse Frunze hat nicht Recht, der, wenn er auch den Vorhandensein einer rechten Abweichung nicht leugnet, aber sagt, daß sie nicht weit sei, daß er nicht weiß, was damit abzugeben. Nach seiner Meinung ist die Frage der rechten Abweichung nur für Schreibstube von Interesse, aber nicht für Leute, die ernstlich nachfragen. Ich kann den Genossen Frunze sehr gut verstehen, er hat ja die rechte Abweichung nicht gesehen, aber die Perspektiven unserer Entwicklung nachzugehen. Das aber bedeutet nicht, daß der beschränkte praktische Sinn einzelner Parteiarbeiter zum Dogma unseres Lebens werden soll. Eine gesunde Arbeiterschaft ist gut, aber wenn dadurch die Perspektive in der Arbeit verloren geht und wenn diese Arbeit nicht der Grundlinie der Partei untergeordnet wird, so verdrängt sie sich in ein Minus. Es ist insofern nicht schwer zu begreifen, daß die Frage der rechten Abweichung, die Frage der Grundlinie unserer Partei ist die Frage danach, ob die Perspektiven unserer Entwicklung, wie sie vor uns liegen, die rechte oder falsche sind. Wir müssen vor allem hier die Frage der Verhältnisse klären, unter denen die rechte und auch die linke (trotskistische) Abweichung von der leninistischen Linie entstanden.

Die rechte Abweichung in den kommunistischen Parteien unter dem Kapitalismus beruht in der Tendenz, in der, wenn auch nicht ausgesprochen, wenn auch nicht anerkannt, die rechte Abweichung eines Teiles der Kommunisten, von der revolutionären marxistischen Linie nach der Seite der Sozialdemokratie abzugehen.

Wenn gewisse Kreise von Kommunisten die Zweckmäßigkeit der Lösung „Klasse gegen Klasse“ im Wahlkampf leugnen (Frankreich) oder gegen eine feststehende Kandidatur der kommunistischen Partei auftreten (England) oder den Kampf gegen die „linke“ Sozialdemokratie nicht befürworten wollen (Deutschland) usw., so bedeutet dies, daß es innerhalb der kommunistischen Parteien Leute gibt, die betrachten, daß der Kommunismus der Sozialdemokratie unangenehm ist.

Der Sieg der rechten Abweichung in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder würde den ideologischen Zusammenbruch der kommunistischen Partei und eine ungeheure Entfremdung der Sozialdemokratie erzwingen.

Was ist aber die ungeheure Stärkung der Sozialdemokratie? Es ist eine Stärkung und Zehnjung des Kapitalismus, denn die Sozialdemokratie ist ein Teil des Kapitalismus. Die rechte Abweichung ist die rechte Abweichung. Folglich würde ein Sieg der rechten Abweichung in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder das Heranwachen von Bedingungen herbeiführen, die zur Erhaltung des Kapitalismus notwendig sind.

Rechte Gefahr in der KPSS

Die rechte Abweichung im Kommunismus unter den Verhältnissen der Sozialdemokratie, wo der Kapitalismus bereits erloschen ist, ist nur oder seine Ursache noch nicht ausgerottet wurde, besteht in der Tendenz, in der, wenn auch nicht ausgesprochen, wenn auch nicht eingetragenen Neigung eines Teiles der Kommunisten, von der Grundlinie unserer Partei nach der Seite der bürgerlichen Ideologie abzugehen. Wenn gewisse Kreise unter den Kommunisten die Partei von den Verhältnissen des 15. Jahrhunderts zurückzuführen wollen, indem sie die Notwendigkeit des Angriffes auf die feudalen Elemente des Dorfes leugnen, oder ein Anhalten unserer industriellen Entwicklung fordern, da sie das gegenwärtige Tempo für verhängnisvoll für das Land halten, oder die Zweckmäßigkeit der massenhaften Zuerücknahme an die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften für unannehmlich halten und der Meinung sind, daß dieses Geld auf diese Weise in den Wind gestreut wird, oder wenn sie die Zweckmäßigkeit des Kampfes gegen den Bureaucratismus auf Grund der Verhältnisse der Sowjetunion ablehnen, so bedeutet dies, daß es in den Reihen unserer Partei Leute gibt, die bemüht sind, vielleicht ohne es selbst zu bemerken die Sache unseres sozialistischen Vaterlandes und der Weltrevolution, die Sache der Sowjet-Union anzupassen. Der Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei würde eine ungeheure Festigung der kapitalistischen Elemente in unserem Lande herbeiführen. Was bedeutet aber eine Festigung der kapitalistischen Elemente in unserem Lande? Es bedeutet die Schwächung der proletarischen Diktatur und die Erhöhung der Chancen für die Wiederherstellung des Kapitalismus.

Folglich würde ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei das Heranwachen von Bedingungen herbeiführen, die für die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande notwendig sind.

Kapitalismus oder Sozialismus?

Gibt es bei uns, in unserem Sowjetlande, Verhältnisse, die die Wiederherstellung (Restaurierung) des Kapitalismus ermöglichen? Jawohl, es gibt solche. Das kann sonderbar erscheinen, aber es ist eine Tatsache, Genossen. Wir haben den Kapitalismus gestürzt, wir haben die Diktatur der Proletariat errichtet und Kräfte, um in starkem Tempo unsere sozialistische Industrie und verbinden die Bauernwirtschaft mit ihr. Aber wir haben den Kapitalismus noch nicht mit den Wurzeln ausgerottet. Wo sind diese Wurzeln des Kapitalismus verdrängt? Sie liegen in der Warenproduktion, in der Kleinproduktion der Stadt und im Kleinhandel in der kleinen Bauernwirtschaft. Die Kraft des Kapitalismus besteht, wie Lenin sagt:

„in der Kraft der Kleinen Produktion, denn die Kleinproduktion bildet leider in sehr, sehr großem Maße die Basis, und die Kleinproduktion ist es, die ständig, täglich, stündlich, elementar und im Massenmaßstab die Kleinproduktion bei uns einen Massencharakter trägt und sogar überwiegt ist und infolgedessen die Basis, die die Kleinstproduktion erzeugt, besonders während der Rev. ständig und im Massenmaßstab, — es bei uns Verhältnisse gibt, die die Wiedererrichtung des Kapitalismus ermöglichen.“

Gibt es bei uns in unserem Sowjetlande Mittel und Kräfte, um die Wurzeln der Wiedererrichtung des Kapitalismus zu vernichten, zu liquidieren? Jawohl, es gibt. Darauf hängt sich gerade die Möglichkeit der These Lenins von der Möglichkeit des Aufbaus einer vollständigen sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion. Dazu gehört die Festigung der proletarischen Diktatur, die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die Entwicklung unserer Kommunistischen Partei, die Entwicklung der Sowjetwirtschaft, die Verdrängung und Überwindung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land usw. und.

Lenin sagt darüber folgendes:

„Solange wir in einem kleinstädtischen Lande leben, hat der Kapitalismus in Russland eine festere wirtschaftliche Basis als der Kommunismus. Das müssen wir uns merken. Jeder, der das Leben des Dorfes im Vergleich mit dem Leben der Stadt aufmerksam beobachtet, weiß, daß wir die Wurzeln des Kapitalismus nicht ausgerottet haben, und daß wir das Fundament dem inneren Feinde noch nicht entzogen haben. Letzterer hilft sich auf die kleine Wirtschaft, und um diese zu besetzen, gibt es ein Mittel: die Wirtschaft der Kleinstproduktion. Das Fundament des Kapitalismus ist eine neue technische Basis, auf der technischen Basis der Großindustrie der Gegenwart unangenehm. Eine solche Basis ist allein die Elektrizität. Der Kommunismus ist Sowjetismus plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Somit besteht das Land ein klein wenig anders, und das müssen wir klar erkennen. Wir sind kämpferisch als der Kapitalismus, nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch innerhalb unseres Landes. Das ist allen bekannt. Wir haben dies erkannt, und wir werden die Sache dahin bringen, daß die wirtschaftliche Basis aus einer kleinstädtischen eine großindustrielle wird. Erst dann kann der Kampf abgebrochen werden, wenn die Industrie, die Bauwirtschaft und der Transport vollständig auf der Basis der Großindustrie der Gegenwart amgestellt sein werden, erst dann werden wir endgültig siegen.“

Es folgt daraus, daß, so lange wir in einem kleinstädtischen Lande leben, so lange wir die Wurzeln des Kapitalismus nicht ausgerottet haben, der Kapitalismus eine festere wirtschaftliche Basis hat als der Kommunismus. Es gibt Fälle, wo man den Kampf abgibt, aber die Wurzeln werden nicht ausgerottet; die Kräfte reichten nicht aus. Daraus folgt die Möglichkeit der Wiedererrichtung des Kapitalismus in unserem Lande.

Es folgt daraus, daß, außer der Möglichkeit der Wiedererrichtung des Kapitalismus, das auch die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus vorhanden ist, denn wir können die Möglichkeit der Wiedererrichtung des Kapitalismus vernichten, wir können die Wurzeln des Kapitalismus ausrotten und den endgültigen Sieg über den Kapitalismus erringen, wenn wir eine entsprechende Arbeit zur Elektrifizierung des Landes, wenn wir die Industrie, der Landwirtschaft und dem Transport die technische Basis der modernen Großindustrie verschaffen. Daraus folgt auch die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in unserem Lande.

Aufbau des Sozialismus in Stadt und Land

Es folgt daraus, daß es unmöglich ist, den Sozialismus nur in der Industrie aufzubauen und die Landwirtschaft der Diktatur einer elementaren Entwicklung zu überlassen, indem man davon ausgeht, daß das „Dorf von selbst zur Stadt kommen“ werde. Das Vorhandensein einer sozialistischen Industrie in der Stadt ist der Hauptfaktor der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. Das bedeutet aber nicht, daß dieser Faktor allein genügt. Damit die sozialistische Stadt das bäuerliche Dorf hinter sich herlassen könne, ist es notwendig, wie Lenin sagt, „die Wirtschaft des Landes, die Landwirtschaft insgesamt, auf eine neue technische Basis, auf die technische Basis der Großindustrie der Gegenwart zu stellen“. Es ist nicht möglich, in ein und demselben Land zu industrialisieren, eine mächtige Industrie zu erbauen, Millionenmassen von Bauern genossenschaftlich zusammenzuschließen, der Landwirtschaft eine neue technische Basis zu geben, die individuellen Bauernhäuser in große Kollektivwirtschaften zu vereinigen, die Sowjetwirtschaften zu entwickeln, die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land zu verdrängen und zu überwinden. Dazu braucht man Jahre und Jahre angeplanter Aufbauarbeit der proletarischen Diktatur.

Solange dies nicht getan ist, bleiben wir immer noch ein kleinbäuerliches Land, in dem die Kleinproduktion ständig und im Massenmaßstab Kapitalismus und Bureaucratismus erzeugt und die Gefahr der Wiedererrichtung des Kapitalismus bestehen bleibt.

Und da das Proletariat nicht in einem luftleeren Raum lebt, sondern in der Wirklichkeit und im realen Leben mit all seiner Vielgestaltigkeit, so

„treiben die auf Grund der Kleinproduktion entstehenden bürgerlichen Elemente das Proletariat von allen Seiten mit kleinbürgerlicher Anarchie ein, bürschend es, verberben es damit, sie rufen innerhalb des Proletariats ständig einen Kampf in kleinbürgerlicher Charakteristik, Spaltung, Individualismus, Überlegenheit von Überlegenheiten zur Widergeseligen her.“

Und sie bringen auf diese Weise in das Proletariat und seine Partei gewisse Schwankungen.

Die in der Natur und die Grundlagen für alle Art Schwankungen und Abweichungen von der leninistischen Linie in den Reihen unserer Partei.

Deshalb kann die Frage der rechten oder linken Abweichung in unserer Partei unmöglich als eine Bagatelle betrachtet werden. Worin besteht die rechte, offen opportunistische Abweichung in unserer Partei? Darin, daß sie die Kräfte unserer Feinde, die Kraft des Kapitalismus in der Stadt, die Gefahr der Wiedererrichtung des Kapitalismus nicht sieht, die Mechanik des Klassenkampfes unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur nicht versteht und daher selbst auf Zugeständnisse gegenüber dem Kapitalismus eingeht, indem sie die Verlangsamung des Entwicklungstempors unserer Industrie fordert, Erleichterungen für die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land verlangt, die Frage der Kollektivwirtschaft und der Sowjetwirtschaften in den Hintergrund drängt, die Forderung des Außenhandelsmonopols verlangt usw. usw.

Der Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei würde zweifellos die Kräfte des Kapitalismus verbinden, die revolutionären Positionen des Proletariats erschüttern und die Chancen für die Wiedererrichtung des Kapitalismus in unserem Lande erhöhen.

Die trotskistische Abweichung

Worin besteht die linke (trotskistische) Abweichung in unserem Lande? Diese besteht darin, daß sie die Kräfte unserer Feinde übersehen, die Kräfte des Kapitalismus übersehen, nur die Möglichkeit der Restaurierung des Kapitalismus sieht, dagegen die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus aus eigenen Kräften nicht sieht und genötigt ist, sich mit einem Gefühls von dem Feind unserer Partei zu treffen. Was den Wurzeln des Kapitalismus, was den Wurzeln des Kapitalismus in einem kleinstädtischen Lande leben, in Russland eine festere wirtschaftliche Basis für den Kapitalismus als für den Kommunismus besteht.“

— aus diesen Worten Lenins zieht die linke Abweichung den falschen Schluss, daß es in der Sowjetunion überhaupt unmöglich ist, den Sozialismus aufzubauen, daß bei dem Zusammengehen mit der Bauernschaft nicht herkommt, daß die Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft überholt sei, daß, wenn seitens der revolutionären Revolution im Westen uns keine Hilfe zuteil wird, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zu Fall kommen oder entarten muß, und daß, wenn der planmäßige Plan der industriellen Umgestaltung, selbst wenn er auf Kosten des Fruges im Bauernwirtschaft durchgeführt wird, nicht angenommen wird, die Sache des Sozialismus in der Sowjetunion als verloren zu betrachten

ist. Daher rammt das Abenteuerium in der Politik der linken Abweichung, hieraus erklären sich die unangehörigen Sprünge in ihrer Politik.

Es steht außer Zweifel, daß ein Sieg der linken Abweichung in unserer Partei zu der Restruktion der Arbeiterklasse von ihrer bäuerlichen Basis, zu einer Abstreifung der Basis der Arbeiterklasse von der übrigen Masse der Arbeiterklasse und infolgedessen zu einer Niederlage des Proletariats sowie zu einer Begünstigung der Bedingungen für die Wiederherstellung des Kapitalismus geführt hätte.

Wie ihr sehr, führen beide Gefahren, die rechte sowohl wie die linke, führen beide Abweichungen von der leninistischen Linie, die linke gleichwohl wie die rechte, zu ein und dem gleichen Resultat, wenn auch von verschiedenen Ausgangspunkten her.

Das Schwergewicht des Kampfes gegen rechts

Welche dieser beiden Gefahren ist die größte? Der Unterschied zwischen diesen Abweichungen, vom Gesichtspunkt ihrer zerstörerischen Bekämpfung, besteht darin, daß die linke Abweichung gegenüber für die Partei klarer darliegt als die rechte Abweichung. Der Umstand, daß wir schon einige Jahre einen energischen Kampf gegen die linke Abweichung führen, konnte für die Partei natürlich nicht ohne Folgen bleiben. Es ist klar, daß die Partei in den Jahren des Kampfes gegen die linke, trotskistische Abweichung viel gelernt hat, und daß es schon nicht mehr leicht ist, mit linken Parteien zu operieren. Was die rechte Gefahr betrifft, die auch früher bestand und die jetzt in Gestalt einer Verzögerung des kleinstädtischen Chaos im Zusammenhang mit der Getreideaufkündigung, die verhängnisvollere Natur besitzt, tritt, so ist sie, wie ich glaube, gewissen Schritten unserer Partei nicht klar.

Deshalb ist es die Aufgabe, ohne den Kampf gegen die linke, trotskistische Gefahr auch nur um ein Zota abzugeben, das Schwergewicht auf den Kampf gegen die rechte Abweichung zu legen und alle Maßnahmen zu treffen, um zu erreichen, daß die Gefahr dieser Abweichung der Partei ebenso klar wird, wie es jetzt die trotskistische Gefahr ist.

Die Frage der rechten Abweichung würde bei uns nicht so scharf gestellt sein, wie das jetzt der Fall ist, wenn sie nicht mit der Frage der Schwierigkeiten unserer Entwicklung zusammenhängt. Was das ist, es zu gerade, das das Vorhandensein einer rechten Abweichung die Schwierigkeiten unserer Entwicklung vergrößert und deren Überwindung hemmt. Gerade weil die rechte Gefahr, den Kampf für die Überwindung der Schwierigkeiten erschwert, gewinnt die Frage der Überwindung der rechten Gefahr für uns besondere große Bedeutung.

Im Worte über den Charakter unserer Schwierigkeiten. Man darf nicht außer acht lassen, daß unsere Schwierigkeiten keine Schwierigkeiten des Stillstandes oder Rückganges sind. Wenn die Wirtschaft stagniert oder verfallt, kommen Schwierigkeiten vor; in diesem Falle bemüht man sich, die Stagnation weniger fühlbar oder den Verfall der Wirtschaft geringer zu machen. Unsere Schwierigkeiten haben mit Schwierigkeiten anderer Art nichts gemeinsam. Das Charakteristische unserer Schwierigkeiten ist, daß sie Schwierigkeiten des Aufstieges, des Aufbaus sind. Wenn man bei uns von Schwierigkeiten spricht, so handelt es sich gewöhnlich darum, um wieviel Prozent die Industrie ausgebaut, um wieviel Prozent die Landwirtschaft erweitert, um wieviel Prozent die Ertragsfähigkeit pro Hektar gehoben werden soll usw.

Gerade weil unsere Schwierigkeiten Aufbauschwierigkeiten sind, nicht aber Schwierigkeiten des Verfalls oder der Stagnation sind, gerade deshalb braucht die Partei sie nicht als besonders gefährlich zu betrachten.

Aber die Schwierigkeiten sind und bleiben Schwierigkeiten. Da nun für die Überwindung von Schwierigkeiten alle Kräfte angepannt werden müssen und dazu Zeit und Ausdauer erforderlich sind, diese aber nicht bei jedem in nächster Nähe vorhanden sind, so beginnen gerade hier Schwankungen und „Sögern“, ein

Aus der Partei

Nachfolgende Entschließung wurde nach eingehender Diskussion, an der sich rund 20 Genossen beteiligten, von der Sitzung der erweiterten Bezirksleitung Halle-Verlberg am Sonntag, dem 28. Oktober, angenommen. Die Abstimmung der 20-Mitglieder ergab 15 Stimmen für, 3 Stimmen gegen und die Gesamtstimmenzahl der erweiterten 20-Mitglieder betrug 18 Stimmen gegen diese Resolution. Nachträglich erklärte noch ein 20-Mitglied seine Zustimmung.

Die Resolution lautet:

1. Die erweiterte Bezirksleitung der KPSS, Halle-Verlberg billigt die von der engeren Bezirksleitung in ihrer am 2. Oktober stattgefundenen Sitzung angenommene Resolution zur Liquidierung der Hamburger Angelegenheit.
2. Entsprechend den in einer kollektivistischen Partei geltenden Parteigrundsätzen hält sich die Bezirksleitung für verpflichtet, die vom ZK der KPSS am 6. Oktober 1928, beschlossenen die vom Zentralkomitee der KPSS, am 19. Oktober angenommenen Beschlüsse durchzuführen.
3. Gegen die in der Partei aufkommenden politischen Abweichungen muß zu ihrer Überwindung politisch härtesten Kampf geführt werden. Das heißt, wie die einheitliche Stellungnahme des Genossen Partei und Genossenschaft, organisatorische Maßnahmen nicht aus. Organisatorische Maßnahmen gegen auf der Linie der Partei stehende Genossen müssen aber zu schweren Enttarnungen der Partei führen und die Bezirksleitung erhebt deswegen gegen Maßnahmen, die ohne richtige politische Gründe erfolgen. Genossenschaft erhebt die Bezirksleitung Protest gegen die bisher in der kommunistischen Partei ungenutzte Methode der Durchführung einer Parteikontrolle über Differenzfragen in der Partei, wie sie jetzt angewandt werden soll. Den Parteigrundsätzen entgegenstehend ist, daß auch die unteren Parteifunktionäre (Bezirksleitungsmitglieder) gebildet werden, in dieser Diskussion ihre Meinung zu den stehenden politischen Problemen offen darzulegen.

Die Bezirksleitung fordert demgemäß, daß über alle Streitfragen eine offene Diskussion gestattet wird und daß jedes Mitglied das Recht hat, im Rahmen der Partei seine Meinung ungehindert darzulegen.

Zu einer unzulässigen Verstärkung der innerparteilichen Verhältnisse muß aber der Ton der Artikel führen, die als offizielle Artikel in den letzten Tagen zur innerparteilichen Lage in unserer Parteipresse erschienen sind. Diese Art der Diskussion ist unangebracht. Es ist nicht angebracht, die Partei in eine Auseinandersetzung mit unseren Parteimitgliedern zu ziehen und die scharfe Herausarbeitung der richtigen politischen Linie mit Hilfe einer sachlich geführten Diskussion zu gewährleisten.

4. Die genossenschaftlichen Aufgaben bedingen die Zusammenziehung aller Kräfte, die auf der Linie des Genossen Partei und Genossenschaft stehen, um die Partei zu stärken und die Partei zu vergrößern. Das Volksgenossen hat keine ideologische sowie organisatorischen Mängel und Schwächen in der Partei aufgewiesen. Die KPSS im Bunde mit dem Zentralkomitee ist drauf und dran, die linke Partei sichtbar gewordenen Mängel durch einen unvollständigen Angriff auszugleichen. Dieser langwierige Angriff der Sozialdemokratie auf unsere Parteimitglieder und die scharfe Herausarbeitung der richtigen politischen Linie mit Hilfe einer sachlich geführten Diskussion zu gewährleisten.

5. Die genossenschaftlichen Aufgaben bedingen die Zusammenziehung aller Kräfte, die auf der Linie des Genossen Partei und Genossenschaft stehen, um die Partei zu stärken und die Partei zu vergrößern. Das Volksgenossen hat keine ideologische sowie organisatorischen Mängel und Schwächen in der Partei aufgewiesen. Die KPSS im Bunde mit dem Zentralkomitee ist drauf und dran, die linke Partei sichtbar gewordenen Mängel durch einen unvollständigen Angriff auszugleichen. Dieser langwierige Angriff der Sozialdemokratie auf unsere Parteimitglieder und die scharfe Herausarbeitung der richtigen politischen Linie mit Hilfe einer sachlich geführten Diskussion zu gewährleisten.

6. Die genossenschaftlichen Aufgaben bedingen die Zusammenziehung aller Kräfte, die auf der Linie des Genossen Partei und Genossenschaft stehen, um die Partei zu stärken und die Partei zu vergrößern. Das Volksgenossen hat keine ideologische sowie organisatorischen Mängel und Schwächen in der Partei aufgewiesen. Die KPSS im Bunde mit dem Zentralkomitee ist drauf und dran, die linke Partei sichtbar gewordenen Mängel durch einen unvollständigen Angriff auszugleichen. Dieser langwierige Angriff der Sozialdemokratie auf unsere Parteimitglieder und die scharfe Herausarbeitung der richtigen politischen Linie mit Hilfe einer sachlich geführten Diskussion zu gewährleisten.

tenken in die Richtung des geringsten Widerstandes, Spielereien mit dem Gedanken der Verlangsamung des Entwicklungstempes der Industrie, Gedanken über Kreislaufleistungen für die kapitalistischen Elemente, von Ablehnung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften und überhaupt alles dessen, was über den Rahmen der gewöhnlichen und ruhigen Verhandlungen der Tagesarbeit hinausgeht. Wir können uns jedoch nicht vorwärtsbewegen, ohne die Schwierigkeiten zu überwinden, die vor uns liegen. Um nun diese Schwierigkeiten zu überwinden, muß man vor allem gegen die rechte Gefahr ansetzen und an erster Stelle die rechte Abweichung überwinden, die die Gasse des Kampfes gegen diese Schwierigkeiten hemmt und verengt, den Willen unserer Partei, für die Überwindung der Schwierigkeiten zu kämpfen, zu untergraben.

Kampf gegen das Verhältnertum

Dabei handelt es sich natürlich um einen wirklichen, nicht aber um einen nur mit Worten, auf dem Papier geführten Kampf gegen die rechte Abweichung.

Es gibt Leute in unserer Partei, die nicht abgeneigt sind, den Kampf gegen die rechte Gefahr zur Entlastung ihres Gewissens zu predigen, und zwar etwa in der Art, wie die Pfaffen mandmal „Galleinaja, Galleinaja“ sagen, die aber nichts, auch nicht das geringste, praktisch unternehmen, um den Kampf gegen die rechte Abweichung in der nötigen Weise in Gang zu bringen und diese Abweichung tatsächlich zu überwinden. Diese Strömung betrachten wir als verhängnisvolle Strömung gegenüber der rechten, offen opportunistischen Abweichung.

Es fällt nicht schwer, zu begreifen, daß der Kampf gegen ein solches Verhältnertum ein wesentlicher Bestandteil des allgemeinen Kampfes gegen die rechte Abweichung, gegen die rechte Gefahr ist, denn es ist unmöglich, die rechte opportunistische Abweichung ohne systematische Bekämpfung des Verhältnertums zu überwinden, das die Opportunisten unter seine Fittiche nimmt.

Die Frage der Träger dieser rechten Abweichung ist zweifellos von Interesse, wenn auch nicht entscheidend. Wir trafen mit Vertretern der rechten Gefahr in den unteren Organisationen unserer Partei während der Krise bei der Betriebsaufbringung im vergangenen Jahre zusammen, als eine ganze Reihe von Kommunisten in den Unterbezirken und Dörfern gegen die Politik der Partei auftraten und eine Verbrüderung mit Anlaufelementen vorstellten. Ich weiß, daß solche Elemente aus unserer Partei im Frühling dieses Jahres herausgeworfen wurden, was in dem bekannten Dokument des ZK. unserer Partei vom Februar dieses Jahres ausdrücklich erwähnt wurde. Es wäre jedoch falsch, zu be-

haupten, daß keine Elemente dieser Art in der Partei geblieben wären. Geht man näher hinein in die Kreis- und Gouvernementsorganisationen der Partei, so wird man im Sowjet- und Genossenschaftsapparat gründlich nach, so wird man ohne besondere Anstrengungen dort Vertreter der rechten Gefahr und des Verhältnertums dieser Gefahr gegenüber finden. Geht man die Gasse noch weiter oben fort und legt man das ZK. ins Auge, so muß man zugeben, daß auch unter den Mitgliedern des ZK. einige, wenn auch sehr unbedeutende Elemente verhältnertlicher Haltung der rechten Gefahr gegenüber zu verzeichnen sind. Und wie sieht es im Politbüro aus? Gibt es im Politbüro irgendwelche Abweichungen? Im Politbüro gibt es weder Rechte, noch Linke, noch Verhältnerte. Das muß ich hier ganz kategorisch erklären. Es ist höchste Zeit, mit den Gerüchten aufzuhören, die von Oppositionellen sowie von Elementen verbreitet werden, die der Partei alles andere als wohlwollend gegenüberstehen, — daß nämlich in dem Politbüro unseres ZK. eine rechte Abweichung oder eine verhältnertliche Stimmung dieser Abweichung gegenüber vorhanden sei.

Die Moskauer Organisation

Gab es in der Moskauer Organisation oder in ihrer Spitze, im Moskauer Komitee, Schwankungen und Unsicherheiten? Ja. Es wäre eine Dummheit, hier abstrahlen zu wollen, daß das gesamte ZK. Schwankungen anheimfiele. Ein solches Dokument, wie der Aufsatz des ZK. an die Mitglieder der Moskauer Organisation vom September dieses Jahres, legt ein nicht anzuzweifelndes Zeugnis davon ab, daß es dem ZK. gelang, die Schwankungen einiger Mitglieder zu überwinden. Ich zweifle nicht daran, daß es dem führenden Kern des ZK. gelingen wird, die Lage endgültig zu bereinigen.

Einige Genossen sind nicht damit zufrieden, daß sich die Bezirksorganisationen, indem sie die Frage der Liquidierung der Fehler und der Schwankungen einiger Führer der Moskauer Organisation aufwarfen, in diese Angelegenheit einmischten. Ich weiß nicht, wie man eine solche Unförmigkeit rechtfertigen kann. Was ist Schlimmes dabei, wenn die Parteimitglieder einzelner Bezirke der Moskauer Organisation ihre Stimme für die Forde-

zung erheben, Fehler und Schwankungen zu liquidieren? Betrachten wir unsere Arbeit etwa nicht im Zeichen der Selbstkritik und Kritik von unten her? Ist es keine Tatsache, daß die Selbstkritik die Aktivität der breiten Parteimitgliedschaft und überhaupt der proletarischen Massen steigert?

Was ist Gefährliches oder Schlechtes daran, wenn die Parteimitglieder der Bezirke sich der Lage gewachsen zeigen? Was das Vergehen des ZK. richtig, als es sich in diese Sache einmischte? Ich glaube, daß das ZK. damit auf dem richtigen Wege war. Genosse Berzin glaubt, das ZK. wäre nicht in der richtigen Weise vorgegangen, als es die Frage der Abweisung eines der führenden Parteimitglieder eines Bezirkes aufnahm, gegen den sich die Parteimitglieder des betreffenden Bezirkes gewandt hatten. Das ist völlig falsch. Ich könnte dem Genossen Berzin einige Entwürfe aus dem Jahre 1919 oder 1920 ins Gedächtnis rufen, als einige Mitglieder des ZK. die sich einige, wie ich glaube, nicht besonders schwerwiegende Fehler hinsichtlich der Parteimitglieder zu verantworten ließen, auf einen Vorschlag Lenins hin exemplarisch bestraft wurden; einer von ihnen wurde nach Turkestan geschickt, ein anderer beinahe aus dem ZK. ausgeschlossen. War es richtig von Lenin, so vorzugehen? Ich glaube, daß es völlig richtig war. Die Lage im ZK. war damals nicht so, wie sie heute ist. Damals stand die Hälfte des ZK. hinter Trozki, und im ZK. selbst war die Lage nicht stabil. Heute geht das ZK. unvergleichlich bestimfter vor. Weshalb? Vielleicht ist nicht der Kern der Gasse. Dieser steigt vielmehr darin, daß die Lage im ZK. heute viel stabiler ist, als es damals war und das ZK. jetzt die Möglichkeit hat, bestimfter vorzugehen.

Die Schlussfolgerungen: 1. Die rechte Gefahr ist in unserer Partei eine ernste Gefahr, denn sie wurzelt in der sozialökonomischen Lage unseres Landes; 2. Die Gefahr der rechten Abweichung wird durch das Vorhandensein von Schwierigkeiten begünstigt, die nicht überwunden werden können, ohne daß die rechte Abweichung und das Verhältnertum ihr gegenüber überwinden wird; 3. In der Moskauer Organisation waren Schwankungen und Unsicherheiten zu verzeichnen, wie es auch Elemente einer Instabilität gab; 4. Der Grundcharakter des ZK. hat mit Hilfe des ZK. und der Parteimitglieder der Bezirke alle Maßnahmen ergriffen, um die Schwankungen zu liquidieren; 5. es steht außer jedem Zweifel, daß es dem Moskauer Komitee gelungen wird, die früher zum Vorschein gekommenen Fehler zu überwinden; 6. die Aufgabe besteht darin, den inneren Kampf zu fördern, die Moskauer Organisation einheitslich zu festigen und die Neuarbeit der Parteimitglieder bei verstärkter Selbstkritik erfolgreich durchzuführen. (Weiß.)

Grosser Bekleidungsverkauf bei Conitzer

Eine Sonderveranstaltung größten Stils!

Wir bringen gewaltige Warenmengen für den Winterbedarf

zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Beachten Sie bitte unsere morgen erscheinende Beilage . . . und Sie werden sehen, daß es **Ihr Vorteil ist, wenn Sie bei uns kaufen.**

Der große Verkauf beginnt Donnerstag, den 1. November!

Conitzer & Co.

Das große, moderne Kaufhaus.

Stadt-Theater
Heute, 9.00
Montag 20.22/24 U.
Der Wälsch
Das scheine
Königreich
Schweres Gericht
Mittwoch,
20-22 U. 1/2
Der Wälsch
der Part

**Felle Lumpen
Satzzeug
Wolle
Papier usw.**
kauft zu hohen Preisen
Paul Thuringer, Triftstr. 24
Telephon 226.59. (52)
Bote abends 12 u. 11.

Nicht Soda verlangen, sondern immer Henko



Henko ist ein in Österreich registriertes und best. billiger! Seit 50 Jahren wird Henko in gleichbleibender Qualität hergestellt.

Walhalla
Dr. C. Hentgenstr. 24
Hier noch heute u. morgen! Galtip.
Paul Beckers
in seiner ehemaligen Puppenbetten-
Heute noch heute u. morgen!
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr
Kinderbetten, Frau Hülle
mit dem schönsten Kissen befüllt
Heute noch heute u. morgen!
Ab 1. November des großen Ereignisses
Galtip!
Achtung große Preisermäßigung!
Ohne Geld tut mir leid
Die Beolina - Gitarre
Die Sommer - Überziehungen
Norval Sander
mit seinen berühmten Origanal-
gärtlichen Wälsch - Dächern

**Puppenwagen
Puppenbetten
Schaukelpferde
Bubi-Roller
Selbstfahrer
Kinderstühle
Kinderische
Kinderwagen
Stubenwagen
Kinderbetten
Schutzgitter**
Hier am billigsten
in der ganzen Gegend
Wohnbedarfartikel
nordern auf Anzahlung
zurückgezahlt.
Auf Wunsch
Gullungsanfertigung!
**Bettenhaus
Bruno Paris**
Somplag 9
3 1/2 Stunden von Markt

**In unsere Waren - Abgabestelle
in der Helbra**
befindet sich ab heute
Bismarckstraße 1
Konsumverein f. Sanger-
hausen und Umgegend
Bürgerhof Merseburg
Täg. Konz. Jeder Sonnabend. Varietè
Mittwoch, Freitag und Sonntag
Die beliebtesten Tanzabende

**la Kernsohleder
Wuschmitt
Gummibijou
gut und billig bei
Wih. Kranig**
Heute Donnerstag 14
Genosse S. Wagner,
Hauptstr. 711, heute
für Herrn Herr. Mann
oder Hl. Wohnung
hier auf rote Karte ab-
fordern. Heute-Wittwoch,
Bote abends 11 Uhr
3532

**Bezirks-Konsumverein
Weißenfels-Raumburg**
einget. Genossenschaft m. b. S. Galtip. zu Weißenfels
Wir veranstalten am **Mittwoch, dem
31. Oktober 1928, 20 Uhr, im „Hotel
zur Post“** einen
Vortragsabend
Es werden sehr wichtige Verbraucher-
Angelegenheiten behandelt
Zutritt frei! Zutritt frei!
Anfahrtskarten empf. die Volkbuchhandlungen
Zercherstraße 14 u. 14/1

DRUCKSACHEN
JEDER ART
LIEFERT DIE
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFT
F.B. BEZIRK HALLE-MERSEBURG, Galtip!
HALLE, S. LERCHENFELDSTRASSE 14
FERNSCHREIBER: 21045. 21047. 22251
ABT. BUCH- und KUNSTDRUCKEREI

29,00
kauft die Unterlegung
eines modernen
**Mantels oder
Anzugs**
mit sämtlichen Zutaten
aus mitgebrachten Stoffen
Galtip!
**M. Ehrlich
Reiniger
Straße 69**
551

Schirme
das gute Fabrikat
bei
**Wandé,
Gr. Steinstr. 10**
früher an der Ecke
Waldstr. 10
Waldstr. 10
Waldstr. 10
Waldstr. 10

Portemonnaies
Brieftaschen
Zigarren - Etuis
Handtaschen
empfiehlt in großer Auswahl
Albin Hentze
24 Schmeerstraße 24

Verband der Fabrikarbeiter
Zahlstelle Halle u. S.
Freitag, den 2. November 1928
Galtip!
Generalversammlung
Zugordnung:
1. Galtip- und Rassenbericht, Bericht der
Vorläufer.
2. Bericht vom Generalsekretar.
3. Bericht vom Generalsekretar.
Im wichtigsten Erfolge ist die
3394 Die Delegations-
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Dank
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme beim Begräbnis meines
lieben Mannes
Walter Gräß
sage ich allen meinen Dank
Weißenfels, den 29. Oktober 1928
Im Namen aller Hinterbliebenen
Frieda Gräß, geb. Kühne

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Wie ich Sozialdemokrat wurde /

Erinnerungen an die Zeit des Sozialistengesetzes in Hamburg

Im Frühjahr 1878 wanderte ich, von Schwerin in Mecklenburg kommend, als 21jähriger Handwerkerlehrling in Hamburg zu, um Arbeit zu suchen. Ich hatte auch Glück und wurde in einer Fabrikstelle, wo schon ein Kollege aus Nordhessen beschäftigt war. Ich hatte mich bis dahin um Politik nicht gekümmert. Was sein, das war meine Rolle, der ein einziges Jahr älter war als ich, dies bemerkt zu haben schien, denn er veranlaßte mich, mit ihm das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ zu lesen. Darin wurde über die wichtigsten Artikel diskutiert. Die Wogen gingen damals schon hoch, und als die Ausweisungen der „lästigen“ Arbeiter einsetzten, interesselte ich mich für die Sozialdemokratische Partei.

Voraussetzungen muß ich, daß die damalige Sozialdemokratische Partei mit der jetzigen nicht zu vergleichen ist. Jetzt würde es keiner Behörde einfallen, irgendeinen Sozialdemokraten wegen seiner politischen Tätigkeit aus seiner Familie herauszuweisen und aus der Stadt auszuweisen; sie würde sich in ihr eigenes Fleisch schneiden.

Durch diesen Umstand ist demnach, daß die jetzige Sozialdemokratie keine Kampfpartei mehr ist, ihr Ende derselben hat lediglich die kommunistische Partei übernommen.

Nun zurück nach Hamburg. In einem Spätnachmittag veranlaßte mich mein Kollege zu einem Spaziergang und wir schlenderten nach dem Hafen. Schon in Gant's Park fiel mir der große Menschenverkehr auf, und als wir nach dem Hafen kamen, war nicht durchzukommen. Frauen und Kinder weinen und schimpfen. Was war denn eigentlich los? Mein Kollege erklärte mir:

„Heute bringt die Sozialistische Partei ihre ersten Ausgewiesenen nach Amerika.“

Auf die Frage, was die Leute verbrochen haben, wurde mir zur Antwort, daß es nichts verbrochen, sondern wegen ihrer Tätigkeit in der Partei ausgewiesen wurden. Ich konnte das damals nicht verstehen und interessierte mich von jeder Zeit an noch mehr für die Partei. Ich war später noch öfter Zeuge derartigen Transporte und will die Szenen, die sich bei Abfahrt der Dampfer zwischen den Art der Landungsbrücke zurückliegenden Familienangehörigen und den Ausgewiesenen abspielen, nicht schildern. Aber seit dieser Zeit habe ich keine Gelegenheit verpaßt, angelegte Bemerkungen zu befragen, wo stets ein großes Polizeiaufgebot aufmarschiert und vorgekommene Verhaftungen seine Seltenheiten waren.

Zur selben Zeit wurde ich auch Mitglied des Schußwaffenvereins, der damals wenig Mitglieder zählte. Das Vereinsorgan, „Der Wacker“, betitelt, erschien in kleinem Format und wurde hauptsächlich durch die Wot besorgen. Die Verbandstätigkeit wurde damals seitens der Polizei mit Missgunst beobachtet. Im August, an einem schönen Sonntagmorgen, als wir uns anstreiften, uns einem geplanten Ausflug anzuschließen, erschollen auf dem großen Neumarkt in Hamburg, den wir passierten, laute Rufe:

„Ertrotzt! Kaiser geschossen!“

Wir liefen uns in Bestürzung solchen Reklams und lauten, daß irgendein Individuum nach dem Kaiser geschossen hatte, in dem Augenblick, als derselbe, von einer Speerart kommend, durch die „Linden“ fuhr. Der Lärm war verheerend, aber der Name noch nicht bekannt. Der Kaiser war nicht verletzt.

Schon bei dem Ausgang wurden verschiedene Meinungen laut, die sich später auch bestätigten, denn durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß der Attentäter, Hödel mit Namen, ein gefautes

Neues aus aller Welt

Der Mord an der Greisin

Wie zu dem Mord an der 81jährigen Witwe Gerhardt gemeldet wird, ist das oberste Schußloch einer Kommode, die in dem laub- und oberhalb gehaltenen Kammern der Witwe kam, angeschlossen mit Gewalt herausgehoben und durchbohrt worden. Nach Aussage der Kinder soll die alte Frau darin Espartakus von einigen hundert Mark vermaßt haben. Aus Befundungen der Hausbesitzer geht hervor, daß Frau Gerhardt am vergangenen Freitag zum letzten Male gesehen wurde. Ein Mieter des Hauses will eine fremde Frau gesehen haben, die sich später entfernte, wird angenommen, daß die Fremde die Mörderin gewesen ist.

Ein- und Ausbrecher Müller erschossen

Der Ein- und Ausbrecher Müller aus Altona, der zuletzt aus dem Gefängnis nach Altona entlassen wurde, wurde in der letzten Zeit wieder in der Altonaer Gegend zahlreich Einbrüche verübt. In der Nacht zum Montag wurde er mit einem Komplizen auf frischer Tat ertappt. Während der Komplikation entkam, wurde Müller von einem Polizeibeamten getötet. Müller gab aus einem Revolver Schüsse auf den Beamten ab, so daß dieser ebenfalls der Waffe erlitt. Er trakte Müller durch einen Kopfschuß nieder. Kurze Zeit später starb dieser an der erlittenen tödlichen Verletzung.

Betrüger Wool gefaßt

Der am 10. Oktober nach Untersuchung von 20.000 Mark flüchtig gewordenen Bureauvorsteher des Gas- und Elektrizitätswertes Saalfeld, Wool, wurde auf Grund der von ihm gefälschten Selbstopferbriefe nach der Heimatsgemeinde in Regensburg verhaftet und zwar in dem Augenblick, als er den Bahnhof betrat.

Schweres Automobilunglück — 2 Tote

Zwischen Dönnau und Bergisch Born ereignete sich ein schweres Automobilunglück, dem zwei Personen zum Opfer fielen. Bei einem Überbergung rutschte das Auto die sehr steile Höhe hinunter und stürzte auf die Gleise. Die beiden Insassen, ein Bierverleger aus Düsseldorf und sein Chauffeur, waren sofort tot. Da die Aufklärungsarbeiten längere Zeit in Anspruch nahmen, erlitt der Zugverkehr eine mehr als halbtägige Verpätung.

Subjekt war. Da bei dem regen Verkehr während der Vorbereitungen des Reises niemand verletzt wurde, am weder das Geschick noch ein Eingriff gefunden wurde, muß die damalige Meinung anerkannt werden, daß Hödel blind geschossen hat, um seinem Auftragsgeber Gelegenheit zu geben, härter gegen das Proletariat vorzugehen. Dies bestätigte sich, da der damalige Reichsanwalt Bismarck sich erbot, den Antrag zum Erlass des Sozialistengesetzes im Reichstag einzubringen. Zum Überflüssigen ereignete sich ein paar Wochen später noch ein Attentat. Diesmal wurde der Kaiser in die Hand getroffen. Diese Vorkommnisse nahmen natürlich die Reaktion zum Anlaß, das Sozialistengesetz so schnell als möglich in Kraft zu setzen.

Nun begann für die Partei eine schwere Zeit. Ueber Hamburg, Altona, Wandorf und Ditzingen wurde der Platzierungsaufruf verhängt. Wenn drei Personen zusammenkamen, fuhr die Polizei dazwischen und verhaftete. Die Sozialorganisationen wurden die Blisse aus der Erde. Proleten trübten sich auf der Straße herum. So war es kein Wunder, daß Massenverhaftungen an der Tagesordnung waren. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ wurde verboten, die Neugründung von Zeitungen verfiel demselben Verbot. Kurz und gut, man mußte nicht, wie man sich verhalten sollte. Aus dieser Unkenntnis ist mancher Prolet der Zufall zum Opfer gefallen.

Die Familien, deren Ernährer ausgewiesen oder verhaftet waren, mußten unterstützt werden, was nicht so leicht war, weil die Anzahl der zu Unterhaltenden jeden Tag größer wurde. Die Verhältnisse wurden schließlich, nachdem sich die Partei danach eingeklinkt hatte, erträglich.

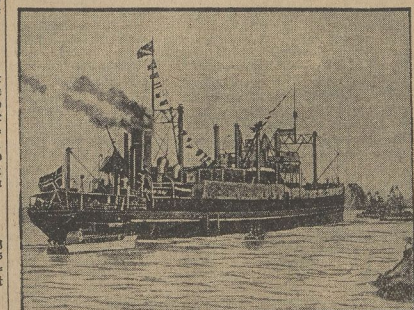
Im Jahre 1879, im Monat Juli oder August, konnte ich noch auf ein Ereignis hinweisen und das wäre das Begräbnis des damaligen Genossen und Schriftstellers August Geib. Er wurde an einem Sonntag von seiner Wohnung aus hingerichtet. Ich wurde damals nach Altona versetzt und mußte mich demzufolge der Altonaer Delegation anschließen. An dem Begräbnis nahmen ungefähr 7000 bis 8000 Personen teil, unter den damaligen Verhältnissen das größte Begräbnis, das Hamburg gesehen hat. Die Friedhöfe (schwarze Hüden) gab es noch nicht, der Umkreis und Dorfstraßen lagen während der Zeit still, und es war auch selbstverständlich, daß der Friedhof wegen des großen Andranges gesperrt wurde.

Ich war mittlerweile zum Militär ausgehoben und mußte Hamburg und meine Parteigenossen verlassen. Am meisten ist mir klar geblieben, daß durch das Verbot die Sozialdemokratische Partei nicht kleiner, sondern bedeutend größer geworden ist. Deshalb ist auch der Ausspruch Bismarcks verständlich, der er nach dem Fall des Sozialistengesetzes tat: „Ich würde nie wieder ein Sozialistengesetz beantragen.“

Im großen und ganzen ist nicht zu verstehen, daß alle Parteigenossen, die die Verhältnisse unter dem Sozialistengesetz mitgemacht haben — ich erinnere an die großen Sozialistenprozesse Eberfeld und Leipzig — nicht den Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Sozialdemokratie gewahrt werden. Sie könnten demartige Genossen manhaft machen, die wegen ihrer Beteiligung an der Parteiarbeit mit Gefängnis bestraft wurden. Ein ehemaliger Genosse wurde beispielsweise noch nicht einmal aus dem Gefängnis entlassen. Alles in demselben Geiste nehmen die sozialdemokratischen Führer Stellung gegen ihre eigenen Parteigenossen. Freireisende, Sportler und Gewerkschafter werden brutal ausgeschlossen, wenn sie sich gegen deren Handlungsweise auflehnen und sie kritisieren.

Winter wechelt den Verteidiger

In der Montagsverhandlung gegen den „Betriebsanwalt“ Winter übertrug die Verteidigung durch den Antrag, daß er, da er sich politisch angegriffen fühlte, sich erzwungen sehe, einen politischen Verteidiger zu nehmen. Er schlug zu diesem Zweck den bekannten Rechtsanwalt Dr. Meiser, Leipzig, vor. Sein bisheriger Anwalt Rechtsanwalt Marschner, sah in der Dingenwicklung dieses Kollegen den Ausdruck eines Mißtrauens gegen sich selbst und legte daraufhin die Verteidigung nieder.



Byrds Start zur Südpolexpedition

Unsere Aufnahme zeigt das Expeditionschiff Byrd, den Dampfer „Varian“, beim Verlassen des Hafens von Los Angeles mit Commodore Byrd und den Mitgliedern der Expedition an Bord, um sich in die Welt zu begeben. Byrd beschäftigt für die Dauer von zwei Jahren dort wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu leisten.

Die Rückfahrt des „Zeppelin“

Der Start des Zeppelins ist recht überraschend gekommen, da angenommen wurde, daß das Luftschiff kaum vor Montag oder Dienstag abfliegen könnte. Es hatten sich nämlich in letzter Stunde beträchtliche Schwierigkeiten bei der Füllung mit Gas herausgestellt. Ebenso war das Wetter noch am Sonntagmorgen recht ungnädig. Von der Schiffsführung wurde erwartet, daß die Fahrt in einem viel schlechteren Flug und hohle, spätestens in drei Tagen in Friedrichshafen landen zu können. Der Flug von Amerika nach Europa ist, wie bekannt, klimatisch stets günstiger, da die Windwinde die Schnelligkeit zu erhöhen pflegen.

Der blinde Passagier

Im Bord des Zeppelins befindet sich ziemlich umfangreiche Fracht. Neben der Post führt das Luftschiff drei weitere Frachtkübel, bestehend aus Reichswehrbäckmehln, Kupferplatten und Seidentoffen mit sich.

Außerdem befindet sich an Bord ein blinder Passagier, der Clarence Terburne heißt und nach seiner Vaterstadt den Seignamen St. Louis führt. Nach seiner Entdeckung erhielt er zuerst etwas Essen, da er völlig ausgehungert war. Er ist übrigens kein Neuling auf dem Gebiet des Luftschifffahrens, da er bereits als blinder Passagier die Transatlantik der größten amerikanischen Motorluftschiffe „California“ mitgemacht hat. Obwohl auf diese Weise die Zeppelinfahrt um eine Genation reicher geworden ist, dürfte der blinde Passagier nicht wie die anderen Passagiere gemächlich weiterfahren, sondern er muß arbeiten, und zwar Gehirne walzen.

Es wird wieder telegraphiert

Einer Meldung aus Friedrichshafen zufolge, wird die Arbeiterkraft der Werk- und die Landemannschaft von Mittwoch morgen 8 Uhr an herbeigeholt, da, wenn die westlichen Strömungen auf dem Atlantik nicht ganz unerwartet wecheln sollten, mit einem Flug von nur 50 bis 60 Stunden gerechnet wird. Obwohl die Verleitung sich auf Veranlassung von Dr. Geener mit der Deutschen Reichspolizeiverwaltung in Verbindung gesetzt hat, um zu verhindern, daß die Funkleitung des „Zeppelin“ auf der Rückfahrt wieder überlastet wird, wie es auf der Hinreise geschah, geht die unnütze Telegraphiererei weiter.

Nicht nur, daß amerikanische Passagiere an ihre Frauen Funkprüfungen senden, werden wieder Glidumstände, und sonstige Funkprüfungen von und zu Geener geschickt. Der deutsche Postminister, der Reichssekretär im Marineamt haben vollkommen überflüssige Höchstleistungsprüfung losgelassen.

Ueber Neundland

Ein Funkpruch des Dampfers „Westfalia“ befragt das Luftschiff klügere direkten Kurs auf die Südküste von Neundland. Die „Westfalia“ befragt sich einige Meilen nördlich vom Luftschiff. Das Wetter war sehr regnerisch, die See sehr unruhig. Aus St. Johns wird gemeldet: Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog um 7 Uhr 5 Minuten abends amerikanischer Zeit die Kraterbucht. Das Luftschiff flog niedrig in südlicher Richtung. Das Wetter war klar bei heftigen südwestlichen Winden.

Stürmisches Wetter?

(REK) New York, 30. Oktober.

Der Hauptdampfer „Deutschland“, der, wie gemeldet, mit dem „Graf Zeppelin“ in Funkverkehr getreten war, konnte das Luftschiff nicht sehen. Aus Halifax wird berichtet, daß die dortige Flottenfunkstation einen Funkpruch der Station Costa aufging, monach diese gegen 6.30 Uhr New Yorker Zeit einen Augenblick lang mit dem Luftschiff in Verbindung gelangen. Die flüchtigsten atmosphärischen Bedingungen wegen eine Positionsangabe nicht zu erhalten war.

Die Wetterberichte befragen, daß der „Graf Zeppelin“ zwar eine Zone stürmischen Wetters werde durchfahren müssen, doch werde die Windrichtung seine Fahrtgeschwindigkeit erhöhen.

Zwei deutsche Ballonflieger in Finnland gefangen

Zwei deutsche Ballonflieger, Ingenieur Broom und Dr. Dreß, die am Sonntag von Berlin starteten, sind gestern gegen 2 Uhr (mitteleuropäische Zeit) in Bromarj in der Nähe der Stadt Sangon niedergegangen. Die Landung war schwierig, ist aber glücklich verlaufen.

Ueberschwemmungen in Nord- und Mittelitalien

Infolge harter Regengüsse sind die Flüsse in Nord- und Mittelitalien über die Ufer getreten. In der Provinz Siena ist der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Empoli—Siena—Grosetto unterbrochen. Die Fluten in der Umgegend und mehrere Dörfer haben sich gänzlich vom Verkehr abgeschnitten. In der Provinz Arezzo kürzten zwei Pfeiler einer Brücke ein.

Neue Arbeiter-Literatur

Prof. J. Emsaniti: „Theorie und Praxis der Nationalisierung“

Sämtliche Fragen der praktischen Nationalisierung werden in dem neuen Buch von Emsaniti, einem marxistischen Betriebswissenschaftler, gegenüber den bisher in Deutschland erschienenen Werken der Sozialwissenschaftler über die Nationalisierung völlig neu aufgeklärt.

Die bürokratische Nationalisierungsformel lautet bekanntlich, mit einem bestimmten Kapitalumfang eine möglichst große Ertragsleistung oder Wirtschaft zu erzielen. Dem heilt Emsaniti den Begriff der Nationalität gegenüber mit der Nationalität. Letztere ist die Veranschaulichung menschlicher Arbeitkraft, wie auch für den Verbrauch von Materialien, Maschinen usw. gelten. An einem Beispiel, an dem die Nationalität des Betriebes und des Emsaniti untereinander die Nationalität festgelegt werden kann. Dieses Erleben nach größerer Nationalität liegt allen Nationalisierungsmaßnahmen in der Gegenwart, dem Lande der jetzigen Arbeiter, begründet, in Gegensatz zu der Nationalisierung in den kapitalistischen Ländern.

Das neue Buch von Emsaniti ist somit geeignet, die arbeitserhebliche Praxis der kapitalistischen Nationalisierung in Deutschland zu enttarnen. Demgegenüber steht das neue Buch in die Hand eines jeden Arbeiterfunktionärs. Aber auch dem gewöhnlichen Arbeiter und Arbeiter, werden auf ihrem persönlichen schreibende völlig neue Anregungen durch das Emsaniti-Buch erbleuen und erstmalig Selbstverwirklichung haben, sich mit der Internationalistischen Kritik der kapitalistischen Nationalisierung selbst einen marxistischen Betriebswissenschaftler zu beschaffen. Umfang 447 Seiten, 10 Abbildungen. Preis Brosch. 9 Mk., geb. 11 Mk. Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft und Buchhandlung.

Dein Körper gehört Dir

wird ab 1. November unsere Leser in Spannung halten. Darum werbt unermüdllich neue Abonnenten!

Dieser berühmte Frauenroman

von Victor Margueritte

Gewerkschaftliches

Wie Willst die Bergarbeiter verböhnt

Am 4. Oktober hatten die Abgeordneten Stöder, Daubenberg und Jodabach folgende Anfrage an die Reichsregierung eingereicht:

Die Kündigungen der Knappschaftspensionen, die auf Grund der Artikel 3 und 6 des Gesetzes über die Leistungen in der Invaliden- und Unfallversicherung vom 29. März 1928 vorgenommen worden sind, haben eine ungeheure Erregung bei den Knappschaftsinvaliden hervorgerufen. Die gesamte Bergarbeiterschaft ohne Unterschied der Richtung verlangt, daß die Erhöhung der Invalidenrente auch den Berginvaliden zugute kommt und nicht den Knappschaftsinvaliden. Die kommunizierende Fraktion hat bei den Beratungen dieses Gesetzes bereits die Streichung der beiden Artikel gefordert.

Die gegenwärtige Reichsregierung bereit, ungenügend die berechtigten Forderungen zu treffen, um die durch das Gesetz vom 29. März 1928 gefahrene Benachteiligung der Knappschaftsinvaliden wieder aufzuheben?

Derartige Anfragen müssen innerhalb 14 Tagen schriftlich beantwortet werden. Herr Willst ließ sich Zeit und raffte sich dann am letzten Tage lieber Eile, am 16. Oktober, zu folgender klärenden Antwort auf:

„An den Herrn Präsidenten des Reichstages, Berlin.
 Betr. Kleine Anfrage Nr. 11.
 Auf das Schreiben vom 5. Oktober 1928.
 Die Anfrage der Herren Abgeordneten Stöder, Daubenberg, Frau Erdmiede und Genossen bezieht sich nicht wie folgt zu beantworten:
 Mein Ministerium unterliegt gar, ob und wie der Bergman ohne Rührung der Leistungen im Beitrage zur Invalidenversicherung erledigt werden kann. Dabe wird auch die in der Anfrage vom 5. Oktober 1928 aufgeworfene Frage nachgeprüft.“

Ein Kommentar erscheint uns überflüssig, da die Bergarbeiter, auch die sozialdemokratischen Bergarbeiter, sich selbst über die völlig ausreichende Antwort Willsts klar sein werden. Wie in allen sozialen Fragen, steht eben auch Willst hier bei arbeiterfeindliche Bürgerlichkeitspolitik seines Vorgängers Brauns fort.

Gewerkschaftskartell Teuern für die Hamburger Hafenarbeiter

Das genannte Kartell erklärt seine vorbestehende Solidarität mit den kämpfenden Hamburger Hafenarbeitern. Es hält den Kampf für vollkommen berechtigt und notwendig und ist bereit, ihn mit allen Mitteln zu unterstützen. Es wurde sofort gemeinsam und der Betrag von 12,50 Mark abgeschrieben.

Der Streik der Runklein- und Terrazzonarbeiter

wird geschlossen weiter geführt. Die bestreikten Sozialhäuser sind die Firmen Runkel & Müller, Lindenberg, Menndel, Heinde & Kalle. Dazu kommt das Baugeschäft Schmidt & Richter in Zimmern. Aus einer Meschberger Firma, und zwar Runkel & Gerlach, führen auf Runkel & Müller, die hier arbeiten, können sich noch gar nicht bemühen zu sein, daß hier in Halle getreift wird und daß auch sie dazu gehören. Wir kämpfen sie hiermit als Streikbrecher. Auch ein Sultan Friedland jun., beschäftigt bei der Firma Bergard und wohnhaft in der Marienstraße, ist hiermit als Streikbrecher benannt.

Kleinere an Bauingenieur Engelmann, um seine Kampfbereitschaft zu unterlegen und die Schlichtung, welche irgend wo aufstehen, aus den Händen zu schütteln. Handelt nicht wie ein Politiker es schon macht, welcher Streikbrecher benannt Vorwurf leistet, indem er den Streikposten auf gemeine Art den Zutritt zur Baustelle verweigert. Die Streikleitung.

Ortsauschuß Wittenberg des ADGB. leitet die Winterhilfsarbeiten ein

U.A. Am 26. Oktober tagte der Ortsauschuß des ADGB Wittenberg im Gemeindefestsaal. Unter Eingänge und Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß der Kollege Wagner vom Deutschen Arbeiterverband als Delegierter bestimmt ist, an den Sitzungen teilzunehmen. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß Schulungskurse in Halle stattfinden sollen für die Kollegen, die in den Arbeitsämtern vertreten sind. Die Kosten übernimmt der Bezirksauschuß. Für das Winterhalbjahr sollen Bildungsabende durchgeführt werden, und zwar vom 1. November bis 31. März 1929. Die Kollegen können dem zu. Die Vorarbeiten wurden dem Vorstand übertragen.

Im Januar 1929 findet in Halle eine zweiseitige Bezirkskonferenz statt. Da die Beiträge, die der Bezirksauschuß für die Delegierten auswirft, zu wenig erscheinen, bewilligte die Versammlung 7 Mk. aus der Ortskasse.

Die Volkshochschule hat die Anforderung an den Vorstand gerichtet, einen oder zwei Vertreter in ihre Institutionen zu entsenden. Beschlössen wurde, daß der Lehrer Siemohn zur nächsten Sitzung einen Bericht geben soll über Rechte und Pflichten der Delegierten.

Am 2. Punkt erhielt der Kollege Friezenau das Wort zum Bericht über Bauarbeiterschulung. Es sollen in Zukunft Baukontrollen in Deutschland angestellt werden. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der steigenden Zahl der Baunnglücke, die in der letzten Zeit passiert sind.

Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß Kollegen aus den Reihen der Arbeitnehmer, die im Bauhandwerk tätig sind und Verständnis für die Ausbildung der Kontrolle haben, gewählt werden. Am Ende wird aber auch die Baukontrolle wenig ändern, denn die Unternehmer können sich in der bürgerlichen Republik erlauben, was sie wollen.

Am 3. Punkt wurde die Zusammenstellung eines Bildungsprogramms für das Winterhalbjahr besprochen. Ein Referent soll genommen werden, der Vorträge halten soll über die Gewerkschaftsbewegung, modernes Arbeiterrecht und die Aufgaben der Betriebsräte.

Am Anschließ daran wurde der Kassenbericht gegeben: Einer Einnahme von 995,86 Mk. steht eine Ausgabe gegenüber von 879,12 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 116,74 Mk. Am Punkt Vorberichtigungen wurde festgestellt, daß der Ortsauschuß Wittenberg (Halle) einen Bericht geben soll über den Gewerkschaftskongress in Hamburg. Weiter wurde den Gewerkschaftsmitgliedern empfohlen, mehr die Bibliothek in Anspruch zu nehmen. Es sind ungefähr 100 neue Bände angeschafft, die benutzt werden können, um das Wissen zu bereichern. (Die Genossen und Kollegen sollten dort besonders die Literatur zur Verwirklichung ihres revolutionären, politischen Wissens verlangen. D. Reb.)

Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß bis jetzt 10 Gewerkschaften Beiträge an die Produktiv-Gemeinschaft Gewerkschaftshaus abgeliefert haben in Höhe von rund 832 Mk. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen; aber die fehlenden Gewerkschaften müssen sich ebenfalls bemühen, ihre Gelder abzuliefern. Damit endlich der Ausbau des Gewerkschaftshauses begonnen werden kann.

Der Unternehmerrieg in der Textilindustrie

Wichtige Lehren aus dem Textilarbeiterkampf für die Arbeiter aller Industrien

Alle Wünsche der Gewerkschaftsbürokratie, der sozialdemokratischen und Zentrumspreße, den Schiedspruch für die Münchener-Gladbacher Textilarbeiter als einen Erfolg der Ausgesperrten hinzustellen, sind gescheitert. Die Textilarbeiter am Rhein haben sich einseitig gegen das Unternehmenskartell ausgesprochen und die reformistische Verhandlungsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat wohl noch niemals eine derartige Niederlage erlitten, als wie in der Betriebsräteversammlung des Ausperrungsgebietes, in welcher die Arbeiter auffordernd, den Schiedspruch anzunehmen und den Verbandsschritt, der in die Betriebsräte noch keine Befugnisse stellte und dem Schiedspruch angenommen hätte, zuzustimmen und die Bewegung abzubrechen.

Warum konnte der Kampf abgewendet werden?

In dem Ausperrungsgebiet waren von den 45 000 Arbeitern circa 80 000 unorganisiert. Die anderen 15 000 waren in drei Gewerkschaften, christlichen, freien und Christ-Unionischen Textil-

Betriebsmord

Am Montagmorgens erfolgte in der Reichshafenstadtkaserne ein Mordanschlag auf einen Arbeiter des Schweissapparates, wobei der Arbeiter Otto Kühne aus Halle, der im Auftrag der Firma Wäring, Kambach, Montagearbeiter im Schweißwerk ausführt, schwer verunglückte. Er wurde in das St. Gerhart-Hospital Wittenberg überführt, wo er nach kurzer Zeit starb.

Der Arbeitgeberverband zerfällt. Einen harten Einfluß haben in diesen katholischen Gebieten die christlichen Gewerkschaften. Aber infolge der gewaltigen Empörung der Arbeiter bestand Hoffnung, daß auch die christlichen Betriebsräte sich genau so einseitig und geschlossen gegen den Schiedspruch auflehnen würden wie ihre Kollegen vom Deutschen Textilarbeiterverband. Doch in den letzten Tagen legte eine ungeheure Beeinträchtigung durch die Kirche und ihre Pfaffen, ihre Presse auf die Ausgesperrten ein, um dieselben zu veranlassen, den Schiedspruch anzunehmen. Die Arbeiterkammer, das führende Zentralorgan, bemerkte in einem Artikel, daß alle Gewerkschaften, die sich in einer Versammlung mit der Beendigung der Ausperrung befähigt hätten, alle Disziplinierungsverfahren feststellen, daß eine ungeheure Mobilisierung der Arbeiter festzustellen sei und die sich nach der Bewegung noch viel mehr ausweitete würde. Aus diesem Grunde mußte man alles verdrängen, um den Betriebsrieden wieder herzustellen. Die A.D. hätte an alle christlichen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre einen offenen Brief gerichtet, in dem sie die christlichen Arbeiter aufzuforderte, die Kampffront der Arbeiter nicht zu verlassen und den Kampf auch gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch anzunehmen. Der Verbandsvorsteher habenholz verurteilte in der Versammlung mit allen demagogischen Mitteln die Betriebsräte zu veranlassen, den Schiedspruch anzunehmen. Er erklärte u. a., daß die Unternehmer trotz des verbindlich erklärten Schiedspruches die Betriebe nicht aufmachen wollen, und daß in diesem Falle der Kampf auf Seiten der Unternehmer von neuem aufgenommen werden müßte. Man müßte unter allen Umständen die Ausperrung der 190 000 in Rheinland-Westfalen verdrängen, da die Betriebsräte diesen Streik nicht finanzieren könne. Die Bewegung würde dann aufzuhalten, und die Unternehmer wären in der Lage, ihre fabrikmässigen Werke durchzusetzen. Trotz der ungeheuren Erregung gelang es diesem Demagogen, die Mehrheit der christlichen Betriebsräte zu veranlassen, dem Schiedspruch zuzustimmen.

Was sollte nun werden?

Am folgenden Tage nahm man eine von der A.D. Beiratsleitung Niederrhein einberufene lombinierte Betriebsräte-Vollversammlung, die von 500 Repräsentanten besucht war, Stellung zum Verlauf und dem Verlauf der Beendigung des Kampfes durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Der Referent wies auf die Notwendigkeit in dieser Situation, die ungeheuer günstig sei, zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter hin und forderte die Betriebsräte auf, den Kampf auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch aufzunehmen.

Aber in der Diskussion zeigte sich, daß der Volkstrotz der reformistischen Führer schon seine Wirkung getan hatte. Sämtliche Betriebsräte, die in der dreistündigen Diskussion zu Worte kamen und über den Verlauf und die Möglichkeit der Weiterführung des Kampfes sprachen, waren der Meinung, daß infolge der offenen Streikbrecherpropaganda der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer, infolge der 80 000 Unorganisierten, der Kampf abgebrochen werden muß. Abgegeben für diesen Beschluß war von allen Dingen die Tatsache, daß die christlichen Betriebsräte mit Mehrheit dem Schiedspruch zugestimmt hätten.

Somit ist aus dieser Bewegung, die so einseitig durchgeführt worden ist, durch die Gewerkschaftsbürokratie der Losbruch verzögert worden.

Der Kampf in der Textilindustrie geht weiter. Den Textilarbeitern, denen beim Essen der Appetit gekommen ist, ist dieser Erfolg, den sie am Niederkämpfen errungen hatten, noch nicht genug. Die Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen waren sich am Anfang der Bewegung einig, daß der Ausgang des Kampfes entscheidend ist für die gesamte deutsche Textilarbeiterschaft. Eine große Freude hat der „Vorwärts“ darüber, daß es den Kommunisten nicht gelungen ist, die Arbeiter zum weiteren Kampf auch gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch zu veranlassen. Nun, der „Vorwärts“ möge sich beruhigen. In diesem Kampf sind zehntausende von Arbeitern die Illusionen, die sie in Bezug auf das Schlichtungswesen hatten, geräubt worden. Ein führender reformistischer Arbeiter erklärte in der Betriebsrätevollversammlung, daß aus die Reform, die jetzt vom „Vorwärts“ gefordert sei, nur zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer sein würde. Und schon in den nächsten Kämpfen, die zweifellos bald in der Textilindustrie entbrennen werden, dürfte es den reformistischen Streikführern nicht mehr so leicht fallen, den Kampf gegen den Willen der Arbeiter abzubrechen. Die Textilindustriellen, die sich jetzt in einer Sitzung in Berlin über den „Schiedspruch“ des Schlichters entließen, haben jetzt beschlossen, auf ganz zu gehen. Sie erklären, auch weiterhin mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die Konfliktfähigkeit der deutschen Textilindustrie durch neue Lohnbefreiungen zu verschleiern, aufzutreten zu wollen. Ganz richtig stellte der „Vorwärts“ fest, daß, wenn die Textilzone vom Wirtschaftsrieden reden, sie die Aufrechterhaltung der niedrigen Löhne in der Textilindustrie meinen. Durch den Schiedspruch, der so auch nach Ausspruch der Sozialdemokraten 95 Prozent aller Textilbetriebe mitbestimmen und werden können, sind den deutschen Textilbetrieben der Wuchstaktum aufzukommen, bei dem es dem für die Textilarbeiter kein Grund mehr gibt, und so sie nur liegen können, wenn sie dem Weg folgen, den ihnen die gewerkschaftliche Opposition weist.

Die Unternehmer sind zufrieden über den Schiedspruch in der nordwestlichen Gruppe

Der vom sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Willst eingeleitete Schiedspruch hat für die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe einen Schiedspruch geführt, der dem Gros der Arbeiter nichts bringt, einem Teil einige elende Bettelsumme zurüchrt und die Hungerlöhne bis zum 30. April 1929 festsetzen will. Verabredungsgemäß schreien die Unternehmer auch jetzt wieder, daß der Schiedspruch untragbar ist. Das gehört zu dem intimen Zusammenspiel der Unternehmer, ihren Schlichtungsgehilfen und den reformistischen Führern, denn die Arbeiter soll ja die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches als ein „Sieg“ dargestellt werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das bekannte Unternehmerorgan, kann jedoch nicht umhin, die hohe Zufriedenheit der Unternehmer in folgenden Sätzen durchdringen zu lassen:

„Wären die Sätze des Spruches tragbar, dann wäre eines wenigstens an ihm zu loben: die lange Dauer, die er dieser Regelung geben will. Es ist in konjunkturrempfindlichen Zeiten, in denen wir leben und voraussichtlich bleiben werden, unmöglich, das zweieinhalbmal im Jahre die Lohn- und Preisfrage aufgeworfen wird.“

Man fühlt aus diesen Sätzen so richtig heraus, wie sich die Schermschreiber über die Tätigkeit der Willst'schen Schlichter freuen. — Was sagen die SPD-Arbeiter hierzu?

Der Sechshunderttag im Schacht-Kievier

Die „Pravda“ vom 20. November teilt mit: Die Resultate des Ueberganges zum Sechshunderttag im Schacht-Kievier sind ausgezeichnet. Obwohl in den Petrovskifabrikaten, gleich nach der Ueberführung des Sechshunderttages, eine kleine Verringerung der Produktion zu verzeichnen war, ist diese nennbar durch eine erhebliche Produktionssteigerung wettgemacht worden. So werden gegenwärtig 603 Tonnen täglich gegen 547 von früher erzielt. Im allgemeinen beträgt die Produktionssteigerung 12 bis 13 Prozent.

Zu verzeichnen ist, daß das Arbeitsverhältnis, das früher bis 21 Stunden in letzterem Gegenwärtig auf 18 Stunden gekürzt ist. Die Arbeiter sind einmütig darin, daß der Sechshunderttag in Bergbau einen großen Sieg der Arbeiterklasse darstellt.

Werbt für die freien Gewerkschaften! Stärkt die Opposition gegen die Spalter!



Zwei Tage waren Peter Punkt und seine Frau mit dem Dampfer nach Smyrna unterwegs, und bei der ganzen internationalen Schiffsgesellschaft erregte das junge Paar durch sein prächtliches Einvernehmen bewundernde Sympathien. Am Morgen des zweiten Tages fragte an der Frühstückstafel ein Engländer Peter Punkt: „Excuse me! Wie sein Sie beide beisammen gekommen? Uodurch hab' Sie sich gefunden?“ Peter Punkt und seine Frau zogen wie auf Verabredung ihre Zigarettenstetuis und erklärten einstimmig: „Durch die „Kosmos-Kairo“-Zigaretten!“ Worauf sich alle unverheirateten Damen und Herren eine Zigarette ausboten und in den Rauchsalon eilten.

KOSMOS MARKE KAIRO

Wie charmant plaudert es sich bei einer „Kosmos-Kairo“, Ihr Genuß begünstigt jene heitere Stimmung, in der wir glückliche Stunden mit lieben Menschen verleben. „Kosmos-Kairo“ möchte auch Ihre freundlich anregende Begleiterin sein.

ZIGARETTENFABRIK KOSMOS A.G. DRESDEN A. SEIT 1886

Merseburg-Leuna-Querfurt

Welpsparg? — Weltungertag!

Siehe führen die Sparfassen ihren alljährlichen Welpsparg durch...

Obt Kostfäden! Zeichnet Kriegsanzettel! Durchhalten! Nur Arbeit kann uns retten! Welpsparg! Die Barolen dieses...

Dann gib es: Selbst aufbauen! Bring Geld in den Sparpot! Wieder gab es Dummhe, die auf den Schwindeln hereinfielen...

Nest hat man wieder einen neuen Trick: Welpsparg heißt das Schlagwort zugunsten der Banken und Industrielapitäne...

Köschigen. Die Note Hilfe wird nie verzeihen. Bei der Sozietät beim Kamerad Kamm in Merseburg sind 490 Mkt. durch Kamerad Noma für die Note Hilfe gesammelt...

Brandenburg. In der letzten Gemeindevorstellungung a beschloß man sich zuerst mit der Feststellung der Sachverhältnisse für das Rechnungsjahr 1927/28.

Gesellschaft auf Betreiben des Ortsrichters eine Hausaussteuer-Spargel in Höhe von 148 000 Mkt. angekauft wurde...

Aus dem Saalkreis

Ein Süd Wettiner Geschichte

Wettin, 29. Oktober.

Am 4. November findet in Wettin ein Treffen des KKK statt. Die Teilnehmer wird es interessieren zu erfahren, welche Rolle Wettin in den Kämpfen der Arbeiterklasse einnimmt...

Vor 1914 war es wie überall. Kein Lokal fand dem Arbeiter bei den Wahlplätzen zur Verfügung. Versammlungen wurden im Hofe einer Bäckerei abgehalten.

Die Rechte von zwei Infanterie-Regimenten lagen damals in der Stadt. Bei der Neumahl der Stadtverordneten hatten diese Soldaten Stimmrecht.

Der Kampf für 15 Mkt. Der Wettiner Bürgerkamm war schon benannt. 15 Mkt. und über 300 Gewehre wurden ihm abgenommen. Bei den Kämpfen vor Halle standen auch die Wettiner Arbeiter ihren Mann.

Etappe Gent Grottl und Spionage in der Etappe Gent

Von Heinrich Wandt

75) Copyright by Wais-Verlag Berlin-Weien Zum Ueberfluß hängte man ihnen noch überall das satirische bekannte Plakat:



unter die Nase. Bei jedem Appell hörte man es den Mannschaften von neuem ein, ja nicht mit Landeseinwohnern zu verkehren und die Einträge in den begünstigten Geschäften auf das allerniedrigste zu beschränken...

Den Herren Offizieren wurden natürlich keine solchen Vorzüge gehalten, denn man hielt es trotz rechtlicher hoher Entschuldigungen aus weiterhin für ganz selbstverständlich, daß die Träger von Adelstiteln, mochten sie auch noch so jung und dumm oder alt und leichtfertig sein, gegen Verantwortungslosigkeit befreit, um gegenüber begünstigten Bürgern und Bürgerinnen die Zunge im Zaume zu halten.

Und um diesen hochhändigen Herren ja nicht wehe zu tun, nahm man die Kautelisien, in denen fast ausschließlich Offiziere verkehrten, von Beginn an von dem allgemeinen Wirtschaftsverbot aus und ebenso die bunteleuchtigen "Bumsbuden", in denen Offiziere mit Dirnen, die im allertiesten Nachtigallendienst standen, praesent und abscondit und ohne Käse anfrühten.

Die feineren und feineren Restaurants, in denen die Herren der Etappe ihre Geliebte aus Kontributionsmitteln und Erträgnissen aus verübten Schieberungen und Betrügereien verputzten, durften ihre gastlichen Worten gleichfalls weiter offen halten, denn der gewöhnliche Soldat, vor allem der "dreckige Frontsoldat" traute sich nicht in diesem feinsten und feinsten Räume gar nicht hinein, auch wenn er genug Geld besaß, um auch einmal den biden Wilsheim spielen zu können.

Magte er es doch, so mußte er es sich widerprüflos gefallen lassen, daß ihn der erste beste "Etappenplätz", der darin lag, anbrüllte: "Sie, Karl, was machen Sie hier, führen Sie sich in ein Soldatenheim!"

Das im Erdgeschoss des Hotels Dendermonde an Telegrafen befindliche große Cafe und Restaurant gegenüber dem Südbahnhof schmeuchte alle eintrittsfähigen Mannschaften durch das über seiner Tür angebrachte Schild weg: "Nur für Offiziere und Zivil!"

Mit dem "Zivil" das mehr als die mittellosen bescheidenen Baterslandsortelbige galten waren die Dirnen gemeint, die die beschäftigten "Etappenplätz" für gutes Geld mit Gonorrhoe und Lues besühten.

Ueber der Spitze der feindlichen Offiziersmesse an der Sint Wilscheldung prägte eine Zeitung sogar der noch viel denklicher Befehl: "Achtung! Keine Dirnen und Mannschaften!"

Die Etappen-Dirnen waren natürlich auch nicht verpöht, in Kavernen oder Offiziersheimen zu schlafen, noch stellte man sie

der Arbeit Ortsgruppe Braunsdorf, hatte einen Antrag gestellt um Gewährung einer Wirtschaftsbefehle von 400 Mkt. her in Punkt 6 beraten wurde. Injere Fraktion rechnete scharf mit den Panzertruppenoffizieren ab, denn es war zu merken, daß von dieser Seite der Antrag abgewirkt werden sollte.

Stimmen. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung findet am Freitag, dem 2. November, abends 8 Uhr, im "Bürgergarten" statt. Der Abteilungsleiter der Leipziger Ortskrankenkasse, Kollege Dann, spricht über Sozialversicherung unter Beachtung der Leipziger und Wittenberger Verhältnisse.

Aus dem Saalkreis

hoffen, die sich durch seine großen Worte täuschen ließen. Eine starke Ortsgruppe der SPD, entband, A. hätte kein Ziel beinahe erreicht, doch plötzlich wurde er aus der SPD, ausgeschlossen.

Bei den Parlamentswahlen (Reichstag) ist die KPD wieder die stärkste Partei. Sie und die SPD, vereinigen etwas über die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich. Und diesen Abschluß wollen wir nicht anerkennen. Wir werden wieder aktiv, werden Mitglieder der KPD und des Roten Frontkämpfer-Bundes. Leit den "Klassenkampf", er vertritt Eure Interessen richtigsten.

Heraus zum Roten Treffen am 3. und 4. November! Rote Fahnen heraus!

Heideberg. 2. Heben Arbeiterlokale unter Polizeiaufsicht? Wenn ein Arbeiterverein sich einmal ein Recht erlauben will, so recht er unter Polizeiaufsicht. Wenn man Beispiel das Vermögen um 8 Uhr anfangt, sind schon die Herren Landjäger da und prüfen die Erlaubnisbescheine.

Das Arbeiter-Sport- und Kulturzentrall Amtendorf veranlaßt am heutigen Dienstagabend 8 Uhr im "Goldenen Adler", Ammendorf, ein großes Mandolinenzugert, ausgeführt von 1. Hallischen Mandolinenspieler (E. H.) unter Leitung des Kapellmeisters Des Schönbach.

Monate lang in seinem Quartier mit einem Weibe zusammen baute das als eine gefährliche feindliche Spionin von der geheimen deutschen Netzwerke schon lange verachtet gelacht wurde.

Als Kriegsgefangene hat Dr. Hermann Auerbach, der heutige Stuttgarter Staatsanwalt, legte noch am 16. Dezember 1921 vor der 8. Strafkammer in Berlin-Moabit unter seinem Eide aus, daß ein deutscher Offizier, der in Koftrich die fetter Wärdner des kaiserlichen Etappenkommandanten besitzte und natürlich gleichfalls in allen kapitalistischen Ländern war für die Kleinen die Welt.

Über sein Kriegsgeheimnis und auch sein Reichsgericht hat diesen Herrschaften niemals mehr getan. Gefangen. Zurückhalten. Schabotte, Galgen, elektrische Stühle und die Todesstrafe auf den Sandhaufen, vom Dofstoch in den Kläden des kampfenden Heeres zu faheln anfangen, wollten es bekanntlich nicht wahr haben, daß es nämlich preussische Offiziere gab, die sich Hindenburgs triviale Auspruch:

"Der Krieg bekommt mir wie eine Vadeule!" zur Richtschnur nahmen, indem sie, während die besten Söhne des Volkes zum erschossen, erlöschten, erstickt, geliebt, verbrannt, vergiftet, querschnitt und in Stücke gerissen wurden, hinter der Front ein schamloses Überleben führten, als ob alle Tage Armes wäre.

Die folgenden paar authentischen Zeugnisse erbringen an Hand ihrer Daten zugleich den Beweis, daß es sich keinesfalls um eine einfache Spionin des feindlichen Spionennetzes, sondern um eine schlagende handelt, mit der sich die höchsten militärischen Befehlshaber schon sehr frühzeitig beschäftigen mußten.

A. D. A. 2 I. H. S. Lu., St. Quentin, 12. 3. 15 Ia Nr. 39 peri.

Das Benehmen einer Anzahl von Offizieren auf den Straßen und in den Lokalen von St. Quentin hat zu Unzufriedenheiten Veranlassung gegeben.

Es ist es in der letzten Zeit vielfach ausgesprochen, daß Offiziere und Beamte von auswärtig St. Quentin befehlen, um sich Vergünstigungen hinzugeben, die der Würde des Offiziersstandes nicht entsprechen.

Wenn Offiziere in öffentlichen Weinstunden und Bierlokalen sich betrinken, betranken sich auf der Straße gehen und in der Behausung sich Dirnen Dretzen lassen, so muß die Disziplin darunter leiden und das Ansehen und der gute Ruf des Offiziers wird schwer geschädigt.

Vornehmlich an Sonnabenden und Sonntagen strömen hier eine große Anzahl von Offizieren, besonders solche von Kolonnen und Trains, zusammen, die zu demart unheimlichen Vorformitäten Veranlassung geben.

Sie bitte die Herren Kommandierenden Generale mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß ein solches unwürdiges Treiben unterbunden wird.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Anbahnungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, c/o S. B. Halle, Vertriebsstelle 14.

Wird der „Klassenkampf“ in der Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Abgabepreis: 12 Pf. für den am Höhe u. Spalter; 20 Pf. im Zustell. Abonnements sind zu richten nach Halle (Süd.) 21045, (West.) 21047, (Nord-Gen.) 22251. Telefon-Nr.: Klassenkampf-Ges., Postamt: Gema und Privat-Post Halle; Friedmann & Co., Halle. Vertriebsstelle: Zeitschriften 100848 Fritz Arndt, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 30. Oktober 1928

8. Jahrgang * Nr. 256

Ein Dokument schamloster SPD-Korruption:

Judas Ichariot im DMB-Vorstand

Kaiserliche Generale und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer in Einheitsfront gegen die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft

Im Sumpfe der Koalitionspolitik

Wir sind in der Lage, nachfolgend aus dem Reichstagsmaterial des Kriegsmilitärministeriums unter Wilhelm II., aus der Zeit vor zehn Jahren, d. h. der zweiten Hälfte des Jahres 1918, ein Dokument an der Öffentlichkeit zu übergeben, durch das die schamlose Entartung der reformistischen Führer der freien Gewerkschaften, ihre skrupellose Zusammenarbeit mit den Kreaturen Ludendorffs und Wilhelmss erneuert zitiert werden wird. Der

Text des betreffenden Dokuments

lautet folgendermaßen:

Aufgestellt 1918. Major Graf v. Südingen.

A Reichstagsmaterial für AD.

Geheim!

Betrifft: Das durch das Oberkommando in den Marken ausgesprochene Verbot der Versammlungen der Verwaltungsstelle Berlin des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ zum Zwecke der Abstimmung über die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes.

Zu Nr. 3758/18 g. A.

1. Abzugehende Erklärung

Das Verbot ist gerechtfertigt, weil der Zweck der Versammlungen auf einen Wechsel des Vorstandes gerichtet ist, durch welchen der gesamte Verband in die Arme der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei getrieben würde. Hierdurch würde die ungeklärte Missionserstellung und Ruhe der Arbeiter nicht aufrecht erhalten werden können.

2. Erläuterungen

Es war bekannt geworden, daß im Bereich der Verwaltungsstelle Berlin des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ im März 1918 unter den Mitgliedern Absichtungen vorgenommen werden sollten, um von dem

Verbandsvorstand die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu erzwingen. Der Zweck war die Herbeiführung eines Wechsels der Vorstandsmitglieder, um den gesamten Verband in die Arme der unabhängigen Sozialdemokraten zu treiben.

Bericht des stellv. Generalhdos. X. A.

v. 26. 3. 18 Hft. Abwehr 13 Nr. 16 966.

Nach dem Bericht des im Kriegsamt (G.) tätigen Vorstandsmitgliedes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Schlichte sind die geplanten Versammlungen vom Oberkommando in den Marken verboten worden.

Ein toller Korruptionsfall

in der Ludwigshafener Panzertreuzerpartei

Vor kurzem ist in Ludwigshafen der Gewerkschaftssekretär des Deutschen Verkehrsverbandes, der Sozialdemokrat Erhard Riedel, unter Mitnahme von 22 000 Mark geflüchtet.

Riedel war seit 1919 beim Deutschen Verkehrsverband angeheiratet. 1924 erhielt er die Kassierung für die größeren pfälzischen Jahrtellen. Die Oberaufsicht lag bei der Bezirksverwaltung in Mannheim. Riedel machte auffällig große Ausgaben für Wohnungseinrichtungen, für die die Gewerkschaftsstelle beschließen mußte. Dem kontrollierenden Beamten kündigte er immer wieder vor, daß größere Marktengehände in den Ortsgruppen noch nicht abbezahlt seien.

Ein

nicht

Er

später

Brud

war

amerikanischen Wagen, ein Buick-Auto. Riedel machte Wein-Erlöse und war sehr freigeibig. Schließlich spielte sich ein spektakulärer Diebstahl ab. Die Stenotypistin der Mannheimer Geschäftsstelle wurde angeblich um 3500 Mark bestohlen.

Die Gewerkschaft übergab das Mädchen der Kriminalpolizei, und bei der Untersuchung des Diebstahls der Stenotypistin kamen auch die Unterschlagungen Riedels ans Tageslicht.

Inzwischen war Riedel bereits in seinem Buick-Wagen unter Zurücklassung seiner Familie auf dem Wege über die deutsche Grenze.

Der Fall Riedel ist nicht der einzige in Ludwigshafen. Vor wenigen Tagen mußte der sozialdemokratische Stadtrat G. u. u. l. Magazinverwalter im hiesigen Krankenhaus Ludwigshafen, wegen Ausnützung seiner Stellung zu unlauteren Zwecken zum Amt suspendiert werden. Er soll sich Angelegenheit gefügig gemacht haben, was nicht ohne Folgen blieb. Vielleicht sind auch in diesem Falle Unterschlagungen der Grund zur Amtsenthebung.

Ja, es sinkt gewaltig in der SPD.

Neue Zunahme der Arbeitslosigkeit

(M. B.) Berlin, 29. Oktober. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung weist in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober eine härtere Gestaltung auf, als in den vorangehenden Berichtszeiten. Sie stieg von rund 877 100 auf 898 800, das ist um 16 500 oder um 2,9 p. H.

In der Arbeitslosenversicherung nahm in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zu. Die Zunahme betrug bei den Männern 3,8 p. H., bei den Frauen 2,1 p. H.

Unschuldig gemordet!

Nächt Sacco und Banzetti!

Füller war vor der Hinrichtung im Besitz von Beweismaterial für die Unschuld Saccos und Banzettis

(M. B.) New York, 29. Oktober.

Die Zeitschrift „Outlook“ veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe zahlreiche und umfangreiche desastrische Berichtserzählungen, die den Beweis erbringen wollen, daß die beiden italienischen Anarchisten Sacco und Banzetti der Verbrechen, denen man sie beschuldigte, nicht schuldig waren. Die Redakteure des „Outlook“ behaupten, sie hätten nach langwieriger Arbeit bei den Mitgliedern der „Internett“ innerhalb und außerhalb der amerikanischen Gesandnisse die Identität der Hände von Bridgewater festgestellt und ebenso, daß weder Sacco noch Banzetti in diese Angelegenheit verwickelt gewesen seien. Unter den edelschicklichen Versicherungen befinden sich auch einige von Personen, die angeben, daß sie das Verbrechen geplant hätten, und andere, in denen die Ausführung der Tat geschildert wird. Dem „Outlook“ zufolge sei dem Gouverneur Fuller vor der Hinrichtung der beiden Italiener Beweismaterial ausgestellt worden, aus dem hervorgeht, daß Sacco und Banzetti unschuldig seien.

Diese bürgerliche Meldung bestätigt, was wir schon immer des Hauptes haben.

Die Mitglieder haben

Wie die Gewerkschaftsbureaufreut

(Fig. Drahtm.) Essen, 30. Oktober.

Die am Sonnabend und Sonntag vom DMB einberufenen Versammlungen und Funktionen sind in der ganzen Provinz, in Dortmund, Hamm, Oberhausen, Sauborn, Duisburg ufm. Lehnern in die in Düsseldorf gefällten Schiedsprüche ab.

Die Gewerkschaftsbureaufreut haben unter dem Eindruck, den der Schiedspruch unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, es nirgends gewagt, für die Annahme des Schiedspruches zu plädieren. Da in Essen, Dortmund und Bochum die freien Gewerkschaften den Schiedspruch bereits abgelehnt haben, steht der gesamte Bezirk einmütig gegen den Schiedspruch.

Trotzdem beschloß die am Sonntag tagende Lohnkommission des DMB, (wie wir geteilt schon meldeten), eine zusammenfassende Körperprüfung des ganzen Bezirks, mit 46 gegen 17 Stimmen, die Annahme des Schiedspruches. Der Vertreter der Opposition hatte eine Resolution für die Aufnahme des Kampfes eingebracht, die noch nicht einmal zur Abstimmung zugelassen wurde. Auch die an der Tagung als Gäste beteiligten Metallarbeiter wurden einhellig aus dem Saale entfernt. Ein Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes hat den Vorsitz unterbreitet, daß der DMB, gemeinschaftlich mit dem Christlichen Verband die Mitgliedschaft über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches befragen solle. Der DMB-Bezirksleiter Wolff lehnte dies jedoch

tritt

Christ

Die

Der

des

dem

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied

Schied